

Bildung inklusive

krass

Magazin der Grünen Jugend NRW 03.2009

UNI ZWISCHEN VERMARKTUNG UND ELITE

ausserdem:
Bildung fängt bei den Kleinen an
Lernen bis zum Umfallen
Interviews, wie es besser geht



Inhaltsverzeichnis



GRÜNLAND

- 04 Editorial
- 05 Kommunales: Kinder, Bildung und Jugend
- 06 Früh übt sich, wer gebildet werden will – Kommunale KiTakonzeppte

THEMA!

- 08 Neoliberale Rettung
- 09 Früher war alles besser – Bildung und Stress
- 11 Abschluss ist kein Ziel
- 12 Laborschule
- 14 Pro ZA: Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit
- 15 CON-ZA: Müssen wir denn immer vergleichbar sein?

GESellschaft

- 16 In der Schule gegen Rassismus
- 17 Buchtipps: Gestatten Elite
- 18 Bachelor und Master – Ein Desaster
- 19 Förderung in Deutschland: Stipendien für Studis aus gutem Hause
- 20 Was die anderen wollen
- 21 Warnen ist wichtig, Verantwortung auch
- 22 Kommentar: Mehr Improvisation!
- 23 Finnland: entpolitisierte Schulen, autonome Hochschulen

IMPRESSUM



Die →KRASS ist das offizielle Magazin der Grünen Jugend NRW und erscheint vier Mal im Jahr.

Anschrift

Redaktion →KRASS
c/o Grüne Jugend NRW
Jahnstraße 52, 40215 Düsseldorf
Tel.: 02 11 - 99 44 611
WWW.GJ-NRW.DE/KRASS.HTML
krass@gruene-jugend-nrw.de

V.i.S.d.P.

Franziska Richter, Hendryk Schäfer

Redaktion

Leon Freude, Lea Gathen, Lisa-Marie Kühn, Franziska Richter, Hendryk Schäfer, Mathias Wittmann

Weitere Mitarbeit

Gianmarco Caputo Crapa, Felicitas Müller-Arnold, Matthi Bolte, Michael Dlugosch (Layout)

Druck & Auflage

TIAMAT Druck, 2.200 Exemplare

Die Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen AutorInnen wider und nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Grünen Jugend NRW.

Die →KRASS steht unter einer Creative-Commons-

Lizenz (BY-NC-SA-3.0-de), alle Texte und Bilder sind unter Nennung der Namen und in unkommerziellem Rahmen sowie unter Verwendung derselben Lizenz frei verwendbar.

Für unaufgefordert eingesandte Beiträge sind wir dankbar, übernehmen aber keinerlei Verantwortung. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen. Mit der Einsendung des Beitrags erklärt sich der/die AutorIn damit einverstanden, dass der Beitrag unter o.g. Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht wird.

Titelbild

jugendfotos.de

Liebe Leserinnen und Leser,



GRÜNLAND

Wo ist die →krass 3.2009 geblieben? Eine berechnete Frage. Es gibt sie. Aber nur online. Aufgrund redaktioneller Probleme hat das Team es diesen Sommer leider nicht geschafft, eine printfähige Ausgabe zu erstellen. Einige Artikel, die uns besonders am Herzen lagen, haben wir nochmal in dieser Ausgabe abgedruckt. Alle Artikel - besonders die von unseren GastautorInnen - verdienen es aber, gelesen zu werden. Also: Wenn ihr nach dieser brandneuen Ausgabe noch nicht genug habt, geht doch mal auf die Internetseite der Grünen Jugend NRW.

Das Bildungsbündnis hat mit seinen Demos, Streiks und Aktionen diesen Sommer die Situation von Millionen SchülerInnen und Studierenden ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gelenkt. Die neoliberalen Reformen - mehr Leistungsdruck, Vergleichbarkeit für den Arbeitsmarkt, jüngere AbsolventInnen, Wertbarkeit von Wissen - werden nun viel stärker in Frage gestellt. Ob sich tatsächlich etwas ändert, hängt davon ab, ob die jungen AktivistInnen weiterhin für ihre Interessen kämpfen und UnterstützerInnen finden. Außerdem müssen Gegenmodelle entwickelt werden. Die aktuelle →krass zum Thema „Bildung“ kritisiert deshalb nicht nur die aktuellen Zustände, sondern zeigt auch Alternativen für ein Bildungssystem auf, in dem die Entfaltung der Einzelnen, soziales Miteinander und die Schaffung von Chancengleichheit im Mittelpunkt stehen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist im Amt. Viele Befürchtungen werden wahr, andere (hoffentlich) nicht. In Zeiten der Biene Maja mag manch einerR froh sein, dass Bildung größtenteils Landessache ist - so bleibt wenigstens dieses Politikfeld teilweise vor Merkel und Westerwelle verschont. Allerdings zeigen wir in dieser Ausgabe, dass die Bundesregierung gerade bei der Hochschulpolitik heftig mitmischte und mit ihrer Vorstellungen von Eliten und Leistungsförderungen Bildungsungerechtigkeiten noch verschärft.

Mit dieser Ausgabe verabschiedet sich die alte Krass-Redaktion von euch. Eine neue Redaktion ist bereits gewählt und sitzt in den Startlöchern, um euch auch im kommenden Jahr stachelige Infos über Politik, Gesellschaft und grünes Leben zu liefern. Uns hat die Arbeit in der Redaktion wahnsinnig Spaß gemacht.

Eure Franzi, Leon, Lea, Mary und Hendryk

Für die Grüne Jugend ist es ein Erfolg

Impressionen von der Geburtstagsfeier zum Zehnjährigen der GJ NRW in der Cubus Kunsthalle in Duisburg

Leon: Die Grünen haben ein landesweit sensationelles Ergebnis eingefahren - weshalb ist NRW auf einmal so grün?

Verena: Das gute Ergebnis hat meines Erachtens zwei Ursachen. Zum einen machen die Grünen eine sehr engagierte ökologische und soziale Kommunalpolitik. Die Grünen kommen ja zum Teil selbst aus lokalen Initiativen, dabei wird das „große Ganze“ aber nicht vergessen, ganz nach dem Grundsatz „think global, act local“. Das macht uns glaubwürdig. Zum anderen profitieren die Grünen natürlich vom Schwächeln der beiden großen Parteien SPD und CDU. Die WählerInnen wissen, dass wir die Alternative zu oftmals verkrusteten Strukturen sind.

Leon: Das gute Grüne Ergebnis bedeutet auch, dass nun jede Menge junge Grüne in Räten, Kreistagen und Bezirksvertretungen sitzen - wie wird sich das auf die Arbeit des Landesverbands der Grünen Jugend NRW auswirken?

Verena: Für die GRÜNE JUGEND NRW ist es natürlich ein Erfolg, dass so viele unserer Mitglieder über die grünen Listen in die kommunalen Gremien eingezogen sind. Es zeigt, dass wir bei den Grünen ernst genommen werden, dass die Grünen Nachwuchsförderung betreiben und dass es bei den Grünen keine Kämpfe zwischen „Jung“ und „Alt“ gibt, sondern wir gemeinsam generationenübergreifende Politik machen. Konkrete Auswirkungen auf die Arbeit des Landesverbandes hat es erst einmal nicht. Wir hoffen aber natürlich, dass die jungen Rats-, Kreistags- und Bezirksvertretungsmitglieder unsere Forderungen vor Ort umsetzen können.

Leon: Im Vorfeld der Kommunalwahlen hat die Grüne Jugend NRW die Monheimer Jugendpartei, welche jetzt den Monheimer Oberbürgermeister stellt, zur Diskussion eingeladen. Auch in anderen Regionen sind Jugendparteien angetreten - wie müssen die Grünen und insbesondere die Grünen diesen Parteien gegenüber treten?

Verena: Der Erfolg der Jugendpartei Peto aus Monheim, v.a. bei der Bürgermeisterwahl, zeigt, dass junge PolitikerInnen von den Wäh-

lerInnen ernst genommen werden. Ich glaube, dass Peto dazu beiträgt, dass sich junge Menschen für Politik interessieren, weil sie sich mit gleichaltrigen PolitikerInnen besser identifizieren können. Allerdings ist Peto eine sehr kommunale Erscheinung. Dieser Partei fehlt sowohl der ideologische als auch der organisatorische Überbau, man orientiert sich an rein kommunalpolitischen Entscheidungen. Das ist nicht falsch, macht es aber schwierig, Peto politisch einzuordnen. Vor Ort sollten die Grünen auf jeden Fall immer prüfen, mit wem man zusammen arbeiten kann und mit wem nicht. Eine landesweite Empfehlung zur Zusammenarbeit mit Jugendparteien zu geben, halte ich nicht für sinnvoll. Die Grünen sollten in Zukunft aber darauf achten, dass auch ihre Listen mit Personen aller Altersgruppen besetzt sind - der Wunsch nach jungen Menschen in der Politik besteht offensichtlich!

Leon: Der Wahlkampf hat gezeigt, dass vor allem die CDU rassistische Ressentiments im Wahlkampf nutzt (Wir erinnern uns an Rüttgers regelmäßig geäußerte Rumänenfeindlichkeiten). Sogar ein Wahlplakat der Grünen in Kaarst ist rassistisch, auch wenn es nicht so motiviert war. Welche Möglichkeiten gibt es, für rassistische Anspielungen zu sensibilisieren und rassistische Wahlkampfmanöver aus den großen Parteien zu halten?

Verena: Leider müssen wir bei der CDU immer wieder beobachten, dass sie versucht mit rassistischen Parolen am rechten WählerInnenrand zu werben, sei es durch die „Kinder statt Inder“-Kampagne von Jürgen Rüttgers oder auf Kosten Jugendlicher mit Zuwanderungsgeschichte im hessische Landtagswahlkampf. Aber auch die Grünen sind nicht per se vor rassistischen und sexistischen Äußerungen in ihren eigenen Reihen gefeit. Als GRÜNE JUGEND NRW müssen wir immer wieder kritisch auf rassistische und sexistische Tendenzen hinweisen, wenn es sein muss, auch gegenüber eigene ParteifreundInnen, wie wir es im Fall Kaarst auch gemacht haben. Rassismus und Sexismus haben weder im Wahlkampf noch sonst irgendwo etwas zu suchen!

Kommunales: Kinder, Bildung und Jugend

Nazan Aksu, Julia Krüger und Tim Giesbert über Kommunalpolitik

Leon Freude

Für die nicht gedruckte →krass-Ausgabe „einfach was bewegen“ führte Leon Freude ein Interview mit drei Kommunalen KandidatInnen der Grünen Jugend. Das waren Nazan Aksu aus Duisburg, Julia Krüger aus Herne und Tim Giesbert aus Mülheim. Die Diskussion hierbei drehte sich maßgeblich um Kinder, Jugend und Bildung. Daher veröffentlichen wir Teile des Interviews auch in dieser →krass. Das vollständige Interview findet ihr auf der Internetseite der Grünen Jugend NRW in der →krass-Kategorie.

Alle drei KandidatInnen haben ihren Einzug geschafft - herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg in der Arbeit.

Familienförderung und Kindergartengebühren

Leon: Vor der Legislaturperiode ist nach der Legislaturperiode - was waren denn so die Projekte, die ihr in der letzten Legislatur anzustoßen versucht habt?

Julia: Wir haben einen Familienbericht veranlasst und haben außerdem als eine der ersten Städte einen Bildungsbericht aufgelegt. Wir haben dazu Veranstaltungen gemacht, und uns im JHA für Familienförderung eingesetzt.

Tim: Kindergartengebühren waren bei uns das größte kinder- und jugendpolitische Streitobjekt. Die Landesregierung hat ja die Kindergartengebührensatzung freigegeben für die kommunalen Räte. Da gab es auch bei uns Überlegungen, die Last anders zu verteilen. Unsere Position, und das steht nach wie vor, ist langfristig kostenlose Kindergartenplätze anzubieten. Diese Ansicht vertraten die anderen JHA-Mitglieder nicht, sodass es dann eine Abstufung geben sollte, in der Gut- und Besserverdienende sehr stark belastet wurden. Man kann natürlich sagen, das ist im Sinne einer Lastenverteilung gerecht. Aber wir sagen bei dieser hohen Abstufung besteht Gefahr, dass die Besserverdienenden versuchen, ihre Kinder privat unterzubringen. Das wollen wir nicht, weil wir in Kindergärten gerne alle sozialen Gruppen repräsentiert hätten, damit Integration stattfinden kann. Leider

waren wir da immer in der Minderheit und konnten uns nicht durchsetzen.

Demokratie lernen

Nazan: Unser größtes Projekt, was wir in den letzten Jahren erreicht haben ist das Jugendparlament - Julia, ihr in Herne habt doch auch eins, oder?

Julia: Wir haben auch ein Kinder- und Jugendparlament, dort ist jetzt aber leider nur noch ein harter Kern aktiv, das untergräbt aber nun mal die demokratische Legitimation.

Nazan: Ja, wir haben das Jugendparlament als Modell für den Bezirk Mitte angestoßen und es funktioniert sehr gut. Bei uns haben die Jugendlichen außerdem ein beratendes Mitglied im JHA. Anfangs gab es einige Probleme mit der Verwaltung, aber da muss man sagen, dass die Kinder und Jugendlichen das sehr gut gemanagt haben und sich dann auf einer Sitzung und z. T. auch über die Presse beschwert haben, wenn das Jugendamt ihnen ein Punkt von der Tagesordnung nehmen wollte. Aufgrund dieser guten Erfahrungen sind wir jetzt auch hingegangen und haben das Jugendamt aufgefordert, ein Konzept für Duisburgweites KijuPa zu entwickeln.

Julia: Wir möchten uns demnächst mit dem KijuPa zusammensetzen und sie bei der Erarbeitung einer eigenständigen Satzung unterstützen. Und wir als Grüne fordern auch, dass sie dann Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen bekommen.

Entwicklung frei von Kirche und Staat

Leon: Nazan, als Tim gerade vom AZ in Mülheim erzählte, wolltest du eigentlich schon etwas sagen.

Nazan: Ja, genau. Wir haben in Duisburg auch endlich ein autonomes Zentrum. Eigentlich wollten wir dem Verein mustermensch für autonome Kultur in Duisburg so die Möglichkeit geben, über Jugendamtsräumlichkeiten ein Zentrum zu mitzuorganisieren. Da wurden wir und der Verein aber vom Jugendamt an der Nase herumgeführt - es wurde ein Bericht an-

gefertigt, der die Notwendigkeit eines solchen selbstverwalteten Zentrums in Duisburg leugnet und damit war die Sache für das Jugendamt gegessen. Der Verein mustermensch hat dann aber kurzen Prozess gemacht und selbst eine Location gemietet. Dank deren Überzeugungsarbeit und unserem Verhandlungsgeschick ist es schließlich gelungen, mustermensch e.V. als freien Träger der Jugendhilfe zu zertifizieren und so Gelder aus dem Jugendetat möglich zu machen. Das Angebot wird von den Jugendlichen in und um Duisburg super angenommen.

Tim: Da muss man wirklich sagen, das AZ in Mülheim macht's vor, da kommen ganz viele Jugendliche aus ganz vielen Städten und es funktioniert.

Nazan: Ich glaube aber, um noch mal auf die klassischen Jugendzentren Bezug zu nehmen, dass wir mehr bessere Jugendzentren brauchen. Ich kenne heute keine Kinder und Jugendlichen mehr, die in Jugendzentren gehen. Ich habe dort noch meine Kindheit verbracht.

Tim: Ich weiß, dass viele Jugendzentren bei uns nicht gut angenommen sind, ich weiß aber auch, dass dort, wo sie thematisch arbeiten, also wo zielgruppenspezifisch Angebote gemacht werden, da sind sie sehr gut frequentiert. Das AZ, das ist definitiv gut besucht oder auch das Enterpride, das schwul-lesbische Zentrum Mülheims, also der Sozialverein für Lesben und Schwule, der wird sehr gut besucht.

Nazan: Wir haben da in Duisburg auch noch MaBilda - das ist eine Anlaufstelle für Mädchen und die ist auch sehr stark frequentiert. Diese zielgruppenspezifischen Einrichtungen werden bei uns sehr gut angenommen und sind sehr gut ausgelastet. Die klassischen Jugendzentren im alten Sinne sind heute mit Menschen aus jeder Altersgruppe besucht. Jedoch sollte eine Einrichtung heutzutage auf jedes Alter abgestimmt und zugeschnitten sein.

Grünland

Früh übt sich, wer gebildet werden will – Kommunale KiTakonzepte

Der Ratscherr Matthi Bolte über kommunale KiTa-Konzepte

MATTHI BOLTE

Bildung beginnt - diese Erkenntnis hat sich mittlerweile in der breiten Öffentlichkeit durchgesetzt - im frühkindlichen Bereich. Aber was sollen Kindergärten leisten, was können sie leisten und was soll gerade nicht passieren? Wo liegen auch angesichts knapper Kassen die Gestaltungsbereiche?

Schwarz-Gelb hat 'nen Vogel

Es war eines der ersten großen Projekte von Schwarz-Gelb nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf 2005. Landesvater Jürgen Rüttgers rief das „Jahr des Kindes“ aus, versprach eine Menge Maßnahmen, vor allem aber ein neues Kindergartenengesetz. So wurde das „Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder“ (GTK) durch das viel schöner klingende „Kinderbildungsgesetz“ (KiBiZ) ersetzt.

Die GRÜNE Bewegung hat sich immer offensiv gegen KiBiZ gestellt und eine breite Front mit Eltern, ErzieherInnen und Kindern geschaffen. Geholfen hat es wenig, KiBiZ wurde beschlossen und die Folgen sind aus fachlicher Sicht fatal: die Kindergartengruppen werden größer, das Zahlenverhältnis ErzieherInnen/Kinder schlechter - und das besonders bei den Kleinsten. Wo Sprachförderung versprochen wurde, kam ein Ex-und-Hopp-Test mit Sparkonzept. Und ob die vollmundigen Ausbauversprechungen erreicht werden, weiß kein Mensch.

Aber nicht nur Kinder, sondern auch die Städte und Gemeinden in NRW leiden unter Kibiz. Denn sie finanzieren die Kindertageseinrichtungen und sind dringend auf Landesmittel angewiesen. Da das Land mit Kibiz allerdings die Förderungen verändert hat, die Kommunen aber ihre wichtigen Anstrengungen in der Kinderbetreuung nicht zurückfahren wollten, mussten sie wieder einmal die Zeche zahlen, und in Großstädten können mehrere Millionen dafür zusammen kommen. Und das hat fatale Folgen für die soziale Gerechtigkeit im Land: Denn klamme Städte haben keine andere Möglichkeit, als den Eltern höhere Kindergartenbeiträge abzuknöpfen.

Kinderbildung kommunal gestalten

Es sieht also nicht gut aus für die Kinder in NRW, aber es gibt Hoffnung. Denn in vielen Kommunen ist immer noch Bewegung, auch konservative PolitikerInnen glauben, dass sich bei Kinderbetreuung und Kinderbildung etwas tun muss, wenn viele von ihnen auch denken, Kindergärten seien die Erfindung von Ursula von der Leyen. So steigt die Bereitschaft zu Investitionen in Kinder auch in Kommunen, die jeden Euro mehrmals umdrehen müssen.

Im Rahmen der Bielefelder Qualitätsoffensive wird besonders darauf geachtet, bereits vor Ort verankerte Projekte gezielt zu stärken und die in ihnen gewonnenen Erkenntnisse auch in anderen Einrichtungen nutzbar zu machen. Damit unterschied sich der GRÜNE Ansatz insbesondere vom Konzept der SPD, die mehrere Millionen in einzelne Modell-Kitas investieren wollte und so ein (mindestens) Drei-Klassen-System mit den Familienzentren und den Regeleinrichtungen geschaffen hätte. Wir GRÜNE konnten uns schließlich durchsetzen, denn Kinderbildung muss nicht in der Spitze, sondern in der Breite verankert werden.

Kinderbildung sollte viele Aspekte berücksichtigen. Die Bielefelder Politik hat unter maßgeblicher Einwirkung der Grünen Fraktion insgesamt sieben Themenfelder ausgewählt, in denen sie besonderes Verbesserungspotenzial sieht, die hier kurz skizziert werden sollen. Das erste Feld ist Umwelterziehung, also die gezielte Heranführung an ökologische Themen und konkretes Naturerleben, das gerade für Stadtkinder von besonderer Bedeutung ist. Nur so kann im Bildungssystem das Bewusstsein für Nachhaltigkeit von unten nachwachsen. Als zweiter Bereich wurde Integration in einem weiten Verständnis definiert.

Kinderbildung soll die Erkennung und Begleitung individueller Potenziale fördern. Deshalb wurden zwei weitere Bereiche „Talente finden und fördern“ und „Soziales Lernen“ etabliert. Dies sind ureigene Aufgaben von Kindertageseinrichtungen,

gefördert werden sollen vorbildliche Projekte, die noch über diesen Bereich hinausgehen. Denn Konfliktbewältigung, Teamfähigkeit und Selbstbehauptung werden am ehesten in der Gruppe erlernt. Im Kompetenzfeld „Gesundheit und Ernährung“ soll sich ein Gesamtkonzept der gesunden Kita entwickeln, woraus sich ein Wechselspiel mit vielen anderen Bereichen ergibt. Ähnliches gilt für das Handlungsfeld „Bewegung und Sport“, denn viele Kinder müssen in ihrem natürlichen Bewegungsdrang und der Freude am Sport gefördert werden.

Bildung hört jedoch nicht bei den Kindern auf. Auch für Eltern muss es angemessene Angebote geben, ihrer Rolle gut zu erfüllen. Sie müssen gestärkt und unterstützt werden, und hier ist die Kita das richtige Bindeglied. Die Landesregierung hat in dieser Richtung erste wichtige Schritte unternommen, indem sie Anfang 2006 die Familienzentren, in denen diese Leistungen aus einer Hand angeboten werden, an den Start gebracht hat. Familienzentren sind wichtige Netzwerkgeber, sie sind jedoch bislang eher - wie sollten wir es von Rüttgers und Laschet anders erwarten - als Sparmodell ausgestaltet. Kindertageseinrichtungen, die als Familienzentrum zertifiziert werden, bekommen 12.000 Euro im Jahr mehr. Ihrer wichtigen Aufgabe können sie, allen Bemühungen zum Trotz, mit dieser Ausstattung natürlich nicht im vollständig wünschenswerten Maß gerecht werden.

Bildungsanspruch kontra Verschulung

Werden Kitas zu Kaderschmieden der Gesellschaft? Oft wird die Verankerung eines Bildungsanspruchs in der Kita in dieser Weise missverstanden. Keine Kita soll zur Schule für die Kleinsten verkommen. Es gilt aber, schon früh die Lust am Lernen zu wecken, um einen optimalen Start ins Bildungssystem zu ermöglichen. Kinder müssen weiterhin im Mittelpunkt stehen. Ihr Interesse an der Welt, in der sie leben, soll erhalten und gefördert werden. Mehr darf von Kinderbildung nicht erwartet werden.



Schreiende Ungerechtigkeit: Nicht alle Kinder haben wen zum Spielen

Kinder sind wissbegierig, wollen verstehen, was um sie herum passiert. Aber sie können und dürfen nicht bedingungslos mit Wissen vollgestopft werden. Bildung ist eben mehr als nur die Anhäufung von Humankapital, das muss gerade beim Einstieg in die Bildung gelten. Hier steht die soziale Komponente, gemeinsam in einer Gruppe von verschiedenen Menschen Neues zu entdecken, im Vordergrund. Es kommt also auf die sinnvolle Balance an zwischen Bildung und Betreuung an und darauf, dass Erzieherinnen und Erzieher richtig qualifiziert werden, mit diesen neuen Ansprüchen an Kindertageseinrichtungen umzugehen.

Macht die Kindergartenpflicht alles besser? So sehr bei den meisten Fachleuten Einigkeit herrscht, in welche Richtung die qualitative Entwicklung von Kindertageseinrichtungen gehen muss, so leidenschaftlich wird debattiert, wie denn dafür gesorgt werden kann, dass alle Kinder auch in die Kita gehen. Streitpunkt ist dann die Frage, ob eine Kindergartenpflicht - analog zur Schulpflicht - eingeführt werden sollte. BefürworterInnen einer solchen Pflicht glauben, damit alle Kinder zu erreichen, also auch Kinder von Eltern, die aus ideologischen, religiösen oder anderen Gründen nicht bereit sind, ihr Kind in die Kita zu schicken. Denn wie dargestellt ist der Besuch einer Kindertageseinrichtung für die Bildungsentwicklung vorteilhafter als die Einzelbetreuung. Die KritikerInnen einer Kindergartenpflicht halten dem entgegen, dass zuerst die qualitative Entwicklung der Kindertageseinrichtungen weitergehen muss. Diese Entwicklung, flankiert von Aufklärung über die Vorteile des Kitabesuchs und Angeboten der Erziehungshilfe sei vorteilhafter als eine Pflicht. Dies würde schließlich dazu führen, dass es zu einer „Kultur der Selbstverständlichkeit“ kommen könne. Dies würde auch dazu führen, dass im Zweifelsfall auf die zwangsweise Durchsetzung der Kindergartenpflicht verzichtet werden könne.

MATTHI BOLTE



...ist 23 und seit 2004 Mitglied des Rates der Stadt Bielefeld.

GRÜNLAND

Neoliberale Rettung

Bildung darf nichts kosten - marode Schulgebäude demonstrieren das eindrucksvoll und treiben die Städte in Teilprivatisierungen

Leon Freude

Schimmel in den Ecken, abbröckelnder Putz, ständige Suche nach Projektoren, Videorekordern und Beamern, nicht beschriftbare Tafeln oder schlichtweg Platzmangel, vom maroden Zustand einiger naturwissenschaftlicher Räume ganz zu schweigen. Das ist Alltag in Schulen, die in Städten liegen, deren Haushalt von der Bezirksregierung gemacht wird¹. Das Prinzip ist so einfach wie fatal: Da die Kommunen, aus welchen Gründen auch immer, ihren Haushalt nicht konsolidieren können, übernimmt die Bezirksregierung² das Kommando und das geht zumeist mit rigider Sparpolitik und der Verweigerung größerer Investitionen einher. Was das mit den Schulen zu tun hat? Die Kommune ist in der Bildungspolitik u. a. für die Unterhaltung von Gebäuden zuständig. Hat die Kommune jedoch kein Geld, ist eine adäquate Bewirtschaftung der Immobilien nicht möglich.

Regionales Bildungsgefälle

Daraus ergibt sich zunächst für die SchülerInnen in armen Kommunen eine Benachteiligung gegenüber denen, die in reichen Kommunen aufwachsen. Zu fehlender Medien- und Versuchsmaterialausstattung, einer Verschwendung von Unterrichtszeit und im übrigen auch der Arbeitsmoral, denn wer über zwanzig Minuten nach einem Projektor für einen Folienvortrag sucht, wird später weniger motiviert einen Vortrag über die Infrastrukturmängel in der DDR halten, kommt jetzt noch eine Ausdehnung der Unterrichtszeit. Gerade für die geburtenstarken Jahrgänge um die neunziger bedeutet die große Jahrgangsstufe zumeist ein Ausweichen auf Nachmittagsunterricht, weil der Platz nicht reicht - und das ohne G8³. Obwohl gerade dann die Einrichtung einer Schulmensa Not tate, ist eben solch eine Investition in Nothaushaltskommunen nicht möglich: Eine Schulmensa wäre eine unnötige Investition, die mit dem Verweis auf die Unzulässigkeit freiwilliger Aufgaben von der Bezirksregierung gekippt würde.

Licht am Ende des Tunnels?

Dass sich damit keine Kommune zufrieden geben kann, ist klar. Nahezu alle Parteien bezeichnen, gerade in der Kommune, Bildungspolitik als ihre Priorität. Wieso also genau da den politikverdrossenen BürgerInnen Handlungsunfähigkeit präsentieren? Der Markt hat sich hierfür eine maßgeschneiderte Lösung ausgedacht: Die Kommune verpartnert⁴ sich mit einem Investor, der dafür sorgt, dass eine Schule neu gebaut wird. Die Kommune verpflichtet sich auf zwanzig bis dreißig Jahre, dieses Gebäude per Mietkauf zurückzukaufen. Das wäre dann günstiger als selbst zu bauen. Die meisten Stadträte müssen begeistert reagieren. Haushaltskonsolidierung und eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse gehen hier Hand in Hand miteinander.

Immer tiefer in die Abhängigkeit

Aber nicht alle Stadträte reagieren so - zwar haben viele Städte bereits so genannte PPP-Projekte⁵, doch kommt meist Kritik von links. Wenn sie nicht aus dem Stadtrat kommt, dann aus Interessenverbänden und der Bevölkerung. Die Kritiker kreiden an, dass die Kommune einen Vertrag mit langer Laufzeit unterzeichnet. Meist verpflichtet der den Investor zu regelmäßigen Instandhaltungsmaßnahmen, vereinbart die Nutzungszeiten und -bedingung, sowie die von der Kommune zu erbringende Leistung, die sich zumeist auf Geld und Grundstücke gründet. So kann es beispielsweise passieren, dass 1A-Flächen, auf denen nun abzureißende Schulen stehen, dem Investor zufallen - das kann im Sinne der Stadtentwicklung sein, kann dieser jedoch auch widersprechen. Nutzungszeiten und -bedingungen weisen aber noch viel größere Schwierigkeiten auf. Wer hätte beispielsweise vor fünfzig Jahren gewusst, dass Schulkantinen und Ganztagsunterricht umzusetzen seien würden? Gut möglich, dass man in den Achtzigern Schulen nur bis fünfzehn Uhr hätte vertraglich mieten wollen.

Gut möglich, dass im Rahmen der Instandhaltungsmaßnahmen nicht der Einbau einer Kantine enthalten gewesen wäre. Den Veränderungen der Bildungspolitik stehen PPP-Projekte also statisch gegenüber. Ein weiterer Streitpunkt trifft die Ausgestaltung des Vertrags. So kann der Investor das Schulgebäude meist nur so günstig fertigstellen lassen, weil er nicht nur die Stadt als Ankermieter im Gebäude hat, sondern es auch wochenends oder abends an Dritte vermietet. Wer das ist, muss im Vertrag festgeschrieben sein - ansonsten ist nicht garantiert, dass mir nichts dir nichts politisch oder religiös grenzwertige Gruppen im Gebäude tagen. Hinterfragt wird von Kritikern ebenso die Ideologie, die mit PPP-Projekten einhergeht. Es ist das Privat-vor-Staat-Schema, der Glaube daran, dass Private besser können, was früher der Staat gemacht hat.

Das jedoch werden die meisten Verantwortlichen verneinen - wer ist schon gerne neoliberal? Sie argumentieren mit Notwendigkeiten und Sachzwängen: keine Kommune will PPP-Projekte, doch erweisen sie sich als Retter in der Not. Inwiefern sie das wirklich sind, entscheidet der jeweilige Vertrag.

¹ Auch Nothaushalt oder Haushaltssicherung genannt. Zu diesem kommt es, wenn Kommunen wiederholt keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Von da an ist die Bezirksregierung ermächtigt, in den Haushalt der Kommune einzugreifen, also Ratsbeschlüsse zu orrigieren.

² Nordrhein-Westfalens Bezirksregierungen sind Arnsberg, Münster, Köln, Detmold und Düsseldorf. Ihnen obliegt unter anderem die Kontrolle der Kommunen. Sie sind nicht demokratisch gewählt, sondern setzen sich aus Verwaltungsbeamten zusammen. Der Regierungspräsident wird vom Land ernannt.

³ G8 steht hier nicht für den Gipfel der acht, sondern für die Schulzeitverkürzung für GymnasialtInnen.

⁴ Verpartnern meint hier Public Privat Partnership (PPP) als Konzept für eine Partnerschaft von Kommune, Land oder Bund und einem privaten Investor.

⁵ Public Privat Partnership

Früher war alles besser - Bildung und Stress

Augen zu und durch? - Immer mehr Menschen erkranken psychisch, darunter auch immer mehr Kinder. Grund dafür: Stress

Lisa-Marie Kühn

Stress ist ein Wort unserer heutigen Zeit und bedeutet Anspannung. Eigentlich ist Stress etwas, das nur vorübergehend, kurz andauern sollen. Unsere Vorfahren waren Stresssituationen beispielsweise ausgesetzt, wenn sie in Gefahrensituationen sich oder ihre Familie verteidigen mussten. Der Körper ist dann in der Lage, Schmerz auszublenden und vorübergehend mehr zu leisten.

Heute haben wir solche Situationen nicht mehr. Von Stress sprechen wir in ganz anderen Situationen. Diese treten viel häufiger auf und betreffen immer mehr Menschen. Leider ist Stress für viele Menschen auch die Ursache psychischer Krankheiten, die wiederum dann auch zu physischen Problemen führen. Der Satz „Ich hab' im Moment so einen Stress“ fällt bei jedem regelmäßig. Eigentlich sollte man doch meinen, dass wenigstens Kinder von Stress verschont bleiben sollten und dass die Kindheit jene (vielleicht einzige) Zeit im Leben ist, in der man nicht gestresst ist. Wirklich? Nein. Nehmen wir doch mal den berühmten Max Mustermann. Er kommt auf die Welt. Schon das, die Geburt, ist für ein Baby Stress. Die ersten Tage mag es dann auch tatsächlich noch relativ entspannt zugehen. Doch irgendwann werden von Außen viele Ansprüche an Max gestellt und für ihn beginnt der Stress. Er soll zu bestimmten Zeiten schlafen, einen Rhythmus lernen. Irgendwann soll er lernen aus einem Fläschchen zu trinken, von einem Löffel essen, krabbeln lernen, „Mama“ und „Papa“ sagen, laufen lernen, auf's Töpfchen gehen, muss sich vielleicht von Geschwistern ärgern lassen und schließlich auch noch alle paar Wochen Tante Herthas Küsse ertragen. Ist das Stress? Wo fängt Stress an und wo ist alles noch im normalen Bereich? Solange es Max Spaß macht und er keine Sanktionen erfährt, weil er Papa nicht „Papa“ nennen will oder vor Tante Herthas Küsschen wegrennt, ist alles noch in Ordnung. Dann kommt Mäxchen aber in den Kindergarten. Seine Eltern können ihn in einen „normalen Kindergarten“ stecken,

wo er spielt, schläft, isst, streiten und vertragen lernt, etc. Sie können ihn aber auch in einen „speziellen Kindergarten“ geben, wo er neben den eben genannten Dingen auch gleich noch Englisch oder Französisch, etwas später dann auch direkt rechnen lernt und im Alter von fünf Jahren wird auch ein Computer für ihn nicht weiter fremd sein.

Unabhängig davon in welchen Kindergarten Max geht, muss er auch noch lernen, selbstständig zu essen, sich an- und auszuziehen, wie man einen Stift hält, dass das Ding mit vier Rädern „Auudooo“ heißt. Soweit alles normal, es hängt immer auch davon ab, welchen Druck Eltern und Co machen. Ob Max nun im „normalen“ oder im „speziellen Kindergarten“ ist, entscheiden seine Eltern. Was davon für ein Kind besser ist, darüber streiten sich WissenschaftlerInnen, ErzieherInnen und PolitikerInnen. Die einen sagen, das Kind würde überfordert, also eindeutig Stress ausgesetzt, die anderen sagen, es könne in jungen Jahren spielerisch so gut neue Dinge lernen, dass ihm die Englischvokabeln nichts ausmachen. Sicher ist: Ein Kindergarten fördert die Kleinen auf jeden Fall!

Kinder, wie die Zeit vergeht... Da ist Max schon sechs Jahre alt und kommt in die Grundschule. Er lernt viele andere Kinder kennen, hat von nun an einen schweren Ranzen zu tragen und muss womöglich viel früher aufstehen als vorher. Nun soll er lernen. Lesen, Schreiben, Rechnen, Malen, Singen, Sachkunde und mehr. Und er soll es nicht nur lernen, sondern er soll auch noch gut sein. Das wollen seine Eltern, Oma, Opa, Tante Hertha, die ganze Gesellschaft. Max soll nicht nur gut sein, sondern direkt der beste. Und noch bevor er sich überhaupt daran gewöhnen konnte und gerade einmal für sich selbst weiß, ob er gerne in die Schule geht oder nicht, machen ihm alle noch mehr Druck, denn in einem Jahr soll Max ja aufs Gymnasium und dafür muss er noch besser werden!

Max ist in der vierten Klasse, es ist Januar, er bekommt sein Halbjahres-

zeugnis und damit steht auch fest, ob er auf ein Gymnasium kommen soll, auf eine Real- oder Hauptschule (wir gehen einfach mal davon aus, dass er nicht auf eine Sonderschule muss). Nun kommt Max zufälliger Weise aus einer Akademikerfamilie, Mama und Papa haben beide Abitur gemacht und studiert. Wie uns leider viel zu viele Studien beweisen, wird Max damit höchstwahrscheinlich das Glück haben, auch ein Gymnasium besuchen zu können. Also Max, herzlich willkommen am Gymnasium. Und hier heißt es auch gleich wieder ranklotzen, denn schließlich will er das Gymnasium ja nicht nach der 6. Klasse wieder verlassen müssen (oder viel mehr wollen das Mama, Papa und Co nicht). So kämpft er sich also durch etwa zehn Fächer durch und darf auch nach der sechsten Klasse hier bleiben. Da bekommt er dann neben Englisch auch gleich noch Französisch oder Latein mit auf den Stundenplan gesetzt.

Max geht auf eine Ganztagschule und verbringt hier täglich rund acht Stunden, Mittagessen inklusive. Wenn er nachmittags dann nach Hause kommt, sind noch ein paar Hausaufgaben zu erledigen, Englischvokabeln zu pauken, Französisch- oder Lateinvokabeln zu lernen und Geometrie zu verstehen, weil morgen ja eine Klassenarbeit ansteht. Dann noch schnell Abendessen, duschen und Harry Potter lesen, da liegt Max auch schon im Bett. Am nächsten Morgen um 6.45 Uhr heißt es aufstehen, anziehen, frühstücken und ab in die Schule. Natürlich soll Max Abitur machen. Darum erinnern ihn Mama und Papa stetig daran zu lernen, fragen ihn ab, erklären ihm. Und von Opa kriegt er für jede eins fünf Euro, für jede zwei drei Euro und immerhin für jede drei noch einen Euro. Von Tante Hertha gibt es immer für ein gutes Zeugnis Geld. Schon hier lernt Max: Wer fleißig ist, wird reich. Und weil er Abitur machen soll, muss er natürlich immer gut sein, damit Max es auch in die Oberstufe schafft.

Ganz abgesehen vom Lernstress und G-druck spielen natürlich auch noch die

THEMA!

THEMA!

Adidas-/ Nike-/ Pumaschuhe eine Rolle, die Max haben muss. Die Haare müssen gestylt werden, die Kicheranfalle der in Farbtöpfe gefallenen Mädchen ertragen werden und dass Papa keinen BMW fährt verschweigen wir dafür mal lieber. Weil Max ja auch cool sein will, spielt er seit Kurzem auch in einer Fußballmannschaft mit und muss dafür zweimal die Woche abends knapp zwei Stunden trainieren. Nur drei Jungs aus seiner Klasse spielen nicht in einer Fußballmannschaft und die sind auch die totalen Außenseiter. Also lieber zweimal die Woche einem Ball hinterher rennen. Stressig so eine volle Woche...

Trotz des Sports: Max hat es in die Oberstufe geschafft und verbringt nun ein Jahr im Ausland - macht sich ja gut im Lebenslauf. Also lernt er nun fleißig das Kaugummienglisch des mittleren Westens. Aus dem Ausland zurück muss Max sich nun aber mächtig ins Zeug legen, denn im vergangenen Jahr hat er sich was lernen anging nicht gestresst, sondern in der Schule richtig gechillt. Also heißt es Mathe, Spanisch, Physik und Co aufholen. Schließlich gibt es jetzt ja schon Punkte, die für's Abi zählen und das soll möglichst gut werden. Andernfalls bekäme er ja keinen Stu-

dienplatz (auch wenn Max jetzt noch nicht weiß, was er mal machen will), damit hätte er später nicht so gute Berufsaussichten, kein so gutes Gehalt, würde nicht in der schönen Gegend wohnen, würde womöglich aus Kostengründen keine Kinder zeugen, könnte sich im Alter den Zahnersatz nicht leisten und würde seinen Lebensabend mit einer mickrigen Rente verbringen, ohne Urlaub oder sonstigen Spaß.

Um diesem Szenario zu entgehen haut Max also rein, lernt und kriegt immerhin sein Abitur mit 2,7 hin, was dem Bundesdurchschnitt entspricht. Wenn Max sein Abitur 2013 oder später macht, hat er es in 12 Jahren geschafft, ist nun also 18 und hat gar keine Ahnung, was er eigentlich machen will. Seine Eltern drängen ihn aber dazu nicht nur nichts zu machen, er entscheidet sich etwas Solides zu machen und BWL zu studieren.

Um später mal bessere Berufschancen zu haben, will er aber natürlich an die Uni mit dem guten Ruf, dafür reicht sein Abi aber nicht. Ein Jahr Wartezeit soll Abhilfe verschaffen, dieses nutzt er für seinen Zivildienst, den er eh machen muss. Danach kommt das Studium. Während seine

Eltern aber noch ein entspanntes Studium hatten, muss er nun nebenbei arbeiten, um Studiengebühren und Co bezahlen zu können. Nebenbei muss er auch im Studium einer der besten sein, da nur für ein Drittel aller Bachelor-Absolventen auch Masterplätze zur Verfügung stehen. Das schafft Max nun aber leider nicht. Er ist eben nur Durchschnitt, aber nicht Elite.

Wie wird es Max danach ergehen? Hört die Bildung auf? Vermutlich nicht, denn dazulernen müssen wir alle mehr oder weniger freiwillig immer. Hört der Stress auf? Wohl auch nicht, denn solange der Druck da ist, zur Elite gehören zu müssen, um sein alltägliches Leben bestreiten zu können, sind wir ständig Stress ausgeliefert.

Letztendlich hängt es von jedem selbst, seinem Anspruch an sich, seinen Zielen und dem eigenen Ehrgeiz ab, wie viel Stress wir uns machen und wie viel Stress wir uns machen lassen. Jedoch sollten wir uns fragen, ob wir unseren Kindern einmal schon in der Kindheit Stress als Dauerzustand antun wollen. Manchmal stimmt es eben doch: Früher war es besser.



Hetze, Eile, Stress. Inzwischen Normalität.

Abschluss ist kein Ziel

Michael Sappir erklärt, wie Schule und Demokratie zusammen funktionieren können. Das Interview führte Leon Freude per E-Mail - die vollständige Version findet ihr auf dem Blog der →krass.

Leon Freude

Leon: Was sind die zentralen Prinzipien dieser Schulen - und wie unterscheiden sie sich zu denen der Regelschule?

Michael Sappir: Eine Sudbury-Schule hat sehr wenig mit einer Regelschule gemeinsam. Sudbury-Schulen arbeiten nach einem einfachen Prinzip: Die Schüler sind frei, ihr eigenes Leben zu führen und eigenes Lernen zu gestalten. Sie bewegen sich lediglich innerhalb der Grenzen, die durch die demokratische Selbstverwaltung festgelegt werden. An der Schuldemokratie dürfen alle Schulmitglieder teilnehmen, ob Schüler oder angestellte Mitarbeiter; jeder hat genau eine Stimme, egal wie jung oder alt man ist. Die Schulversammlung verfügt über die höchste Kompetenz; dort werden unter anderem alle Entscheidungen über das Schulbudget getroffen, sowie sämtliche Einstellung und Entlassung von den erwachsenen Mitarbeitern. Die zwei Leitprinzipien des Schulmodells sind Vertrauen und Verantwortung. Den Schülern, als Mitgliedern der Schulgemeinschaft, wird vertraut, ihre eigene Zeit zu managen und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig wird allen Mitgliedern der Schulgemeinschaft volle Verantwortung über ihr eigenes Leben gegeben, und dabei sind alle zu gleichen Teilen für die Schule als Ganzes verantwortlich. In Gegensatz zu den herkömmlichen Schulen wird in demokratischen Schulen Wert auf alle möglichen Arten von Lernen gelegt, nicht nur das Akademische. Schüler dürfen sich völlig frei aussuchen, wie sie ihre Zeit in der Schule verbringen möchten; es gibt keinen Stundenplan und keiner guckt nach, dass die Schüler „das Richtige“ lernen. Jeder entscheidet für sich selbst, was gelernt werden muss.

Leon: Wie läuft ein typischer Schultag in einer Sudbury-Schule ab?

Michael Sappir: Es gibt keinen typischen Tag an einer Sudbury-Schule. Jeder in der Schule macht zu jeder Zeit was anderes, deshalb ist für jeden Mensch jeder Tag anders. Als Beispiel könnte man sich folgendes vorstellen, obwohl ich nicht sicher bin, ob ich genau so einen Tag jemals gehabt

habe: Zunächst trage ich mich in die Anwesenheitsliste in der Eingangszone ein. Nachdem ich alle in dem Wohnzimmer begrüßt habe, gehe ich kurz in das Computerzimmer, um zu überprüfen, dass dort alles in Ordnung ist; in meiner Zeit an der Schule war ich Vorsitzende der Computer AG und das Computerzimmer war mein Bereich. Danach gehe ich in die Küche und koche mir einen Kaffee. Die nächsten Stunden sitze ich im Wohnzimmer und quatsche einfach mit Freunden - ein paar Schülern und eine oder zwei Mitarbeitern - über alles mögliche. Es wird mal von Familie, mal von Politik, mal von Schulorganisatorischem geredet, je nachdem, was gerade so ist und wer gerade da ist. Dann müssen langsam einige woanders hin - zu einem Kurs, einer Diskussionsgruppe oder einem Komitee. Es wird selten was eher als 9:00 geplant, weil erst um 9:00 alle da sein mussten. Wenn es im Wohnzimmer ein bisschen leiser geworden ist, nehme ich ein Buch aus meiner Tasche und lese ich eine Weile. Wenn ich genug gelesen habe oder es wieder lauter geworden ist, setze ich mich vor das Bürorechner und arbeite an der neuen Version des Schulgesetzbuches. Gegen den Mittag packe ich ein kleines bisschen Mittagessen aus meiner Tasche aus. Im Esszimmer essen gerade zu der Zeit einige andere, und es gibt fast keinen Platz mehr am Tisch. Nachdem man gegessen hat, bleibe ich in der Nähe und rede weiter mit Freunden. Wir stehen eine Weile in der Küche rum und danach gehen wir raus in den Garten, um uns dort für die restliche Zeit bis zum Tagesende (15uhr) weiter zu unterhalten.

Leon: Ist es nicht problematisch kein Ziel, wie das Abitur oder die Mittlere Reife zu haben?

Michael Sappir: Die Fragestellung täuscht. Ich würde eher sagen, dass es problematisch ist, sich ein Abitur oder einen ähnlichen Abschluss als Ziel zu setzen. Ein Abschluss ist an sich kein Ziel, sondern ein Mittel. Wenn du an irgendeiner Schule ein paar Jahre verbracht hast, und daraus viel bekommen hast, dann ist ja das, was du daraus gemacht hast, genügende Belohnung. Ein Abschluss dient sowieso nur

Jerusalem Sudbury-Schule

Übersetzter Name: Jerusalem Sudbury-Schule (auch „SudburyJerusalem“) Original, Hebräisch: מילשורי ירבדאס רפסה-תיב [bet haEferSADberi jeruschaLAjim] wörtlich etwa ‚die Schule Sudbury Jerusalem‘ oder ‚die Sudbury-Jerusalem-Schule‘

Gegründet 2002 Erst seit 2009 staatlich anerkannt (und die staatliche Finanzierung fließt jetzt auch langsam rein, und zwar rückwirkend)

dazu, dass eine Leistung von anderen Institutionen anerkannt wird. An sich ist dieser Abschluss kein gutes Ziel, wenn man noch nicht weiß, was man damit machen sollte. Wenn man ein echtes Ziel hat, nach dem man begeistert strebt, ist es ein natürlicher Teil davon, dass man sich alles besorgt, was für das Ziel erforderlich ist. Sei es ein Abschluss oder eine bestimmte Kompetenz, man hat an einer Sudbury-Schule die Zeit und den Raum, herauszufinden was man für sein Ziel braucht, und dieses zu erreichen. In Deutschland wie in Israel und wie in allen Ländern auf der Welt, gibt es auch immer unkonventionelle Wege, gewisse Ziele zu erreichen. In Israel ist es z.B. auch nach der Schulzeit möglich, ein Nicht-Schüler-Abi zu machen, genau wie das, das ich während meiner Zeit in der damals noch nicht genehmigten Sudbury-Schule gemacht habe.

Michael Sappir



geboren am 26.06.88 besuchte die Jerusalemer Sudbury-Schule vier Schuljahre (2002-2006). Mittlerweile studiert er Linguistik an der Uni Leipzig. Er ist Vorstandsvorsitzender (Councilvorsitzende) der EUDEC (www.eudec.org European Democratic Education Community). Seine Homepage bietet ein reichhaltiges Angebot über Schule und Demokratie (<http://sappir.net>).

THEMA!

Laborschule

Die Modellschule der Universität Bielefeld gilt als Musterinstitution. Gianmarco fühlt ihr auf den Zahn

Gianmarco Crapa

Gianmarco: Die Laborschule Bielefeld hat als Versuchsschule des Landes den Auftrag neue Formen des Lehrens, Lernens und Zusammenlebens in der Schule zu entwickeln. Was macht die Laborschule anders als vergleichbare Regelschulen?

Uli Hartmann*: Praktisch alles. Das geht bei der räumlichen Gestaltung los, das geht weiter bei den pädagogischen Grundlagen und führt weiter zum Reisedidaktikum. Wenn man das spezifizieren will, ist „alles“ natürlich nicht richtig. Im Curriculum und in den Fachinhalten hat man genau das drin, was landesweit üblich auch an anderen Schulen gilt, wenn auch in etwas anderer Reihenfolge und mit anderer Schwerpunktsetzung. Räumlich heißt, dass wir keine Klassenzimmer haben. Die pädagogische Grundlage ist immer vom Kind her zu denken. Wir stellen das Kind und seine Individualisierung seit 35 Jahren

in den Mittelpunkt. Heterogenität ist das wichtigste Merkmal unserer Schule.

Gianmarco: Die Laborschule hat sich zum Ziel gemacht möglichst viele Kinder aus bildungsfernen Familien zu erreichen. Wie kommt es, dass gerade Akademikerkinder überdurchschnittlich stark vertreten sind?

Uli Hartmann: Erstmal sind die Daten auf die du ansprichst schon ein bisschen älter, das hat sich in der letzten Zeit wieder gewandelt. Wir bekommen die Heterogenität was die soziale Schichtung angeht, mittlerweile ganz gut hin. Auch in der Vergangenheit haben wir das schon ganz gut hin bekommen. Tendenziell haben wir mehr Akademikerkinder, weil wir nah an der Universität sind. Da sind wir und Reformpädagogik allgemein natürlich bekannter und dementsprechend melden dann - teilweise auch Studenten mit Kindern, die dann eine weitergehende Unilaufbahn anstreben - ihre Kinder hier an. Die Aufnahme

me auf unsere Schule erfolgt nach einem bestimmten Schlüssel. Die soziale Schichtung Bielefelds soll in der Zusammensetzung der Schülerschaft abgebildet werden. Ein Kind aus einer Migranten- oder Arbeiterfamilie hat somit so gut wie sicher einen Platz, während Akademikerplätze, wegen der hohen Nachfrage, von der wissenschaftlichen Einrichtung verlost werden.

Gianmarco: Du gibst deinen SchülerInnen bis zur neunten Stufe keine Noten, sondern schreibst bewertende Berichte. Als Regelschüler kennt man so ein System am ehesten noch aus der ersten und zweiten Grundschulklasse. Was ist der Vorteil der Berichte?

Uli Hartmann: In dem Moment wo man Individualisierung und Heterogenität in den Mittelpunkt stellt und in den Gruppen Schülerinnen und Schüler hat, die ein ganz breites Spektrum an Leistungsfähigkeit aufweisen, ist es schwierig mit Noten

zu operieren. Der eine hat dann im Schnitt auf seine soziale Gruppe, sprich die Klasse, immer schlechte Noten und die anderen immer die guten Noten. So kennen wir das von der Regelschule. Wenn ich aber eine Heterogenität habe, kann ich nicht mit Noten arbeiten. Der eine - der schwächere Schüler - erbringt für sich in dem Jahr vielleicht eine super Leistung und ich muss ihm durch das Notensystem trotzdem eine 4 oder 5 geben. Da sind Berichte die bessere Rückmeldung, die Schüler ganz individuell beurteilen und darüber hinaus eine Art Förderplan aufstellen. Der Stärkere wird auf einem ganz anderen Niveau beurteilt, als der Schwächere und so durchläuft man hier seine 11 Jahre Laborschule ohne ständig mit seinen Noten unzufrieden zu sein. Die Leistungsmotivation wird also nicht herabgesetzt. Darüber hinaus können Noten ohnehin nie objektiv sein. Das wird zwar immer suggeriert, sind sie aber nicht. Unsere Berichte hingegen werden für die Schüler, teilweise auch für die Eltern, geschrieben und in denen steht bloß: „Das und das haben wir gearbeitet, das hast du so gemacht, da warst du top, da warst du nicht so gut, da musst du noch weiter arbeiten.“ Und diese Feststellungen sind objektiv.

Gianmarco: PISA stellt fest, dass die LaborschülerInnen ihren MitschülerInnen aus den Regelschulen beispielsweise in Mathe unter-, aber was das politische Verständnis angeht überlegen sind. Woran könnten die Unterschiede liegen?

Uli Hartmann: Erstmal muss man sagen, PISA hat hier 60 Schülerinnen und Schüler getestet. Das ist keine große Stichprobe. Auf anderen Schulen sind die Jahrgänge, also die Stichproben natürlich größer. Deswegen ist das meines Erachtens nicht so aussagekräftig, dass man sagen könnte die seien hier in Mathe grundsätzlich alle schlecht. Andererseits muss man sagen, machen wir auch nicht alles super und ich glaube gerade Mathe ist in diesem offenen, selbstgesteuerten, in Richtung problemorientiertem, handlungsorientiertem Unterricht, der gerne auch außerhalb von Schule arbeitet, schwieriger umzusetzen. Das geht bis zur achten Klasse inhaltlich noch einigermaßen gut, aber ab der 9 wird es dann schwierig. Das wäre eine Erklärung. Wenn man sich weitere Studien und auch PISA genauer anguckt, ist es so, dass auch andere Schulen gerade in Mathe Probleme haben. Ich würde fast sagen, dass wir es hier mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun haben. Da scheint irgendwas in unserer Wissensgesellschaft nicht ganz rund zu laufen und wir wissen auch

nicht was. Aber man muss festhalten: Auch in Mathe kommen unsere Schüler an Oberstufen gut klar.

Gianmarco: In NRW hat sich viel getan. Zentralabitur und Abitur in 8 Jahren (G8) sind nur zwei Beispiele. Inwieweit geraten alternative Schulkonzepte während solcher Entwicklungen unter Druck?

Uli Hartmann: Ich glaube nicht, dass wir unter Druck geraten. Ich glaube, dass sich das Land damit schmücken kann, dass es solche Schulversuche hat und wenn man mal genau hinschaut: In den letzten 35 Jahren sind viele Impulse von uns an die normalen Schulen gegangen - was ja unserem Auftrag entspricht.

Gianmarco: Was hat sich durch die Laborschule an den Regelschulen verändert?

Uli Hartmann: Zum Beispiel der Englischfrühbeginn, den machen wir seit 35 Jahren in der dritten Klasse. Den gibts in NRW jetzt seit etwa 6 Jahren. 60 Minuten Unterricht, wird jetzt an bestimmten Schulen eingeführt - den haben wir seit 35 Jahren. Keine Klingel - das sind alles so Kleinigkeiten. Wenn man auf größere Sachen guckt, dann auch das NaWi-Konzept. Wir haben ungegliederten, naturwissenschaftlichen Unterricht.

Gianmarco: Du duzt deine SchülerInnen und deine SchülerInnen duzen dich. Wo bleiben da Respekt vor der Autoritätsperson und professionelle Distanz?

Uli Hartmann: Das ist ein bestimmtes Lehrerbild, was dahintersteckt. Wofür brauche ich professionelle Distanz? Wenn ich Profi bin, dann brauch ich keine Distanz, dann brauch ich Nähe. Dann muss ich ein möglichst gutes Verhältnis zu meinen Schülern aufbauen, damit ich teilweise hinter die Fassaden gucken kann. Wie kann ich dem helfen? Muss ich da nochmal zu Hause vorbei? Muss ich da vielleicht wirklich mal Distanz aufbauen, dass sie einem, bildlich gesehen, nicht immer auf'm Schoß sitzen? Aber per se brauche ich keine professionelle Distanz. Und Autorität bekomme ich bei den Schülern nur über meine Leistung. Bin ich ein gerechter Lehrer? Bin ich jemand der auch mal nachfragt wie es zu Hause läuft? Bin ich jemand der auch mal Spaß macht? Bin ich jemand der vor allem auch fördert? Wenn ich mit denen in der Pause auch mal Fußball spiele - wenn ich authentisch bin und vor allem wenn ich auch mal einen Fehler eingestehe - dann erlange ich Autorität. Aber sicher nicht über Sie oder Du. Nicht darüber, dass ich unnahbar

bin. Und ich will nicht sagen, dass nur wir das so machen, da gibt's noch einige Lehrer an anderen Schulen, die das genau so sehen. Meines Erachtens muss sich diese Sicht einfach noch ein Stück verbreiten.

Gianmarco: Du hast einen Wunsch im Kultusministerium frei. Was würdest du dir wünschen?

Uli Hartmann: Der utopische Wunsch wäre praktisch komplett aus dem viergliedrigen Schulsystem aus zu steigen, ein Einheitsschulsystem - so wie wir das machen - mit speziellen Voraussetzungen. Es braucht Heterogenität. Das ist auch der Grund warum andere Gesamtschulen nicht so gut funktionieren, wie sie funktionieren könnten. Den Gesamtschulen fehlt die Leistungsspitze. Die geht nämlich aufs Gymnasium. Wäre das nicht so, würden auf Gesamtschulen die Ergebnisse nochmal besser sein. Das wäre also der utopische Wunsch, weil ich glaube, dass das die Lösung für PISA, oder auch die Wirtschaft wäre. Die Schweden - die PISA Gewinner - waren Anfang der 1970er Jahre hier bei Professor Hentig, haben sich seine Konzepte in Bielefeld angeguckt und setzten die zu Hause flächendeckend um. Jetzt fahren die Deutschen nach Schweden und gucken sich dasselbe da an und das find ich ein bisschen komisch. Wenn ich jetzt keinen utopischen Wunsch hätte, würde ich mich freuen, wenn die Individualisierung vom System her ernster genommen wird. Sitzen bleiben möglichst abschaffen, mehr offener statt Frontalunterricht, gegebenenfalls Klassenstärken verkleinern. Hier könnte man schnell und einfach weiterhin Konzepte übernehmen, die teilweise an unserer Schule entwickelt wurden und auch sicherlich teilweise in Zukunft übernommen werden. Da könnte man also sukzessive an Regelschulen etwas verbessern. Wobei ich sagen muss, dass auch wir nicht alles hundertprozentig super machen. Es gibt immer Bruchstellen, an denen man arbeiten muss.

Gianmarco: Ein schönes Schlusswort - ich bedanke mich.

Uli Hartmann: Gerne.

* Uli Hartmann, geb. 13.08.1971 - seit 2004 SoWi-, Deutsch- und Sportlehrer an der Laborschule Bielefeld - kommissarischer Sekundarstufenleiter

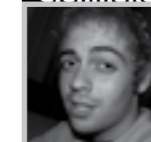
LABORSCHULE BIELEFELD



gegründet 1974 nach Idee des Pädagogen Prof. Dr. Hartmut von Hentig, 660 SchülerInnen in den Jahrgängen 0 (Vorschuljahr), bis 10 63 LehrerInnen - www.laborschule.de

Gianmarco Crapa

...ständiger Gastautor der Krass-Redaktion 2008/09 lebt und studiert in Bielefeld.



Pro ZA: Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit

Lea Gathen

S tichwort Zentralabitur: für manche SchülerInnen mag dieser Begriff zu nächtlichen Alpträumen geführt haben, für andere ist es schlicht der lebendige Vorwurf verfehlter Bildungspolitik unter Schwarz-Gelb. Dabei bedeutet Zentralabitur erst einmal nur eines: alle SchülerInnen eines Fachs werden auf gleiche Art und Weise zur gleichen Zeit geprüft. Der „Gleichheit“ wird in diesem Fall durch zentral gestellte Aufgaben, sowie einheitliche Vorgaben und Bewertungskriterien des nordrhein-westfälischen Bildungsministeriums versucht nahe zu kommen. Ja, auch ich war dieses Jahr eine der über 60.000 SchülerInnen, die an festgelegten Schickstagen knallpfeif die gleichen Aufgaben mit dem netten Siegel der Landesregierung rechts oben auf dem Papier vor uns präsentiert bekamen. Das Ganze abhängig von der jeweiligen Fächerkombination, egal ob klassisch Deutsch und Geschichte oder unkonventionell mit Kunst und Ernährungslehre. Egal ob öffentliche oder private Schule, egal ob Gymnasium oder Gesamtschule.

M assenabfertigung wird über das Zentralabitur gezischt. Es stimmt, dass wir hier von großen Zahlen sprechen: 2008 nahmen 68.000 SchülerInnen an den Prüfungen teil, 97,4% von ihnen bestanden – eine deutlich bessere Quote als im Vorjahr. Sogar rund 500 WaldorfschülerInnen aus 30 Schulen traten zur Prüfung an. Doch „die Masse“ ist ein Basiselement der Demokratie. Dadurch dass so viele Menschen in das Zentralabitur involviert sind - Prüflinge wie Prüfer bzw. jene, die die Prüfungen vorbereiten – entsteht Transparenz und Kontrolle.

Das beste Beispiel dafür: Als im Jahre 2008 die sogenannte „Oktaeeder“ Aufgabe Tausenden von SchülerInnen zum Verhängnis wurde, liefen Eltern- wie Lehrerverbände solange Sturm bis das Bildungsministerium die Möglichkeit zur Nachprüfung gab.

D och nicht nur das: durch die klar definierten Anforderungen in jedem Fach sind LehrerInnen stärker verpflichtet, das entsprechende Wissen zu vermitteln. Das bedeutet in der Regel weniger Unterrichts-

ausfall und mehr Einsatz und Mühe. Gleichzeitig sparen die LehrerInnen Zeit durch die Kooperation mit Fachkolleginnen und das Teilen von erfolgreich eingesetztem Unterrichtsmaterial. Nun müssen ja alle die gleichen Themen behandeln. Die Zeiten, in denen man gemeinsam mit Ehemaligen orakelte, welche Lieblingsthemen der Lehrerin oder des Lehrers wohl dran kommen mögen, sind vorbei. Es heißt nicht mehr: „Bei Frau Wagner kommt sowieso Shakespeare dran...“ Alle SchülerInnen müssen sich mit dem Zentralabitur theoretisch auf die Überprüfung jeglichen Wissens gefasst machen müssen, wodurch ihr gesamtes Wissensspektrum steigt. Den Verlagen für Lehrbücher und -materialien fällt es leichter im Rahmen der Anforderungen geeignetes Material zu erstellen, was die LehrerInnen entlastet. Denn ein großer Teil der Verantwortung einer adäquaten Vorbereitung auf die Prüfung liegt bei der Lehrperson. Ein dauerhaft schlechtes Abschneiden ihrer Kurse würde nur auf sie zurückfallen. Demgegenüber steht das Phänomen, dass die Tatsache einer quasi unabhängigen Fremdprüfung LehrerInnen und SchülerInnen sogar eher zusammen schweißt. Das bequeme Schieben eigener Minderleistungen auf „die blöden Aufgaben“ unsympathischer LehrerInnen (häufig auf Gegenseitigkeit beruhend), fällt weg. Auf einen langen Zeitraum hin gesehen, geben die Statistiken des Abschneidens von Kursen und Jahrgängen Aufschluss über Unterrichtsqualität und konkreten Verbesserungsbedarf. Ja, so hart es ist: Die Zeiten in denen die Französischkurse von Frau X voll wurden, weil sie doch so „nett“ sei und Herr Y jedes Jahr 20 Schüler mit Zweien und Einsen durch die Physikleistungskursprüfung schleuste, sind endgültig vorbei. Gute Zeiten für die Chancengleichheit.

S chließlich ist die wichtigste Konsequenz des Zentralabiturs, dass es soziale Gerechtigkeit fördert. An meiner Gesamtschule habe ich viele SchülerInnen kennen gelernt, die sich bis zur Oberstufe „hochkämpfen“ mussten und z.B. von einer Realschule kamen, weil das Abitur in ihrem Umfeld alles andere als üblich war. Durch das Zentralabitur wurden sie objektiver nach allgemeingültigen Kriterien beurteilt. Auch das Phänomen der/s „LieblingsschülerIn“ wird vermindert. Alle können sich



mithilfe von umfangreichen jedem/r zugänglichen Übungsmaterial vorbereiten; Schulneuzugänger eventuelle Lücken füllen. Mit der Einführung des Zentralabiturs müssen sich Waldorf-, Montessori- und Gesamtschüler nicht länger Diskriminierung und Vorurteilen ausgesetzt sehen. Ein 2,5er Durchschnitt Ihrerseits ist nicht einen Deut weniger Wert, als der 2,5er Schnitt eines Schülers des städtischen traditionsbewussten Elitegymnasiums.

N un mögen Fundamental-KritikerInnen sagen, dass die Fähigkeit eines Schülers bzw. einer Schülerin einen Universitätsabschluss zu erwerben nicht mit einer netten Kalkulation aus verschiedenen Zahlenwerten beschrieben werden mag. Auch das Konzept der Benotung an sich kann sicherlich in Frage gestellt werden. Doch in Anbetracht der Tatsache, dass jahrhundertlang verwurzelte Traditionen meist lange brauchen, um grundlegend geändert zu werden und dessen bedacht, dass sich NRW Unis und FHs durch tausende von Studienbewerbungen kämpfen müssen, erscheint das Zentralabitur in einem anderen Licht: Und zwar als notwendige Reform um ein durch und durch ungerechtes dreigliedriges Schulsystem auf den Weg zu mehr Gerechtigkeit zu führen.

CON-ZA: Müssen wir denn immer vergleichbar sein?

Leon Freude

J a, müssen wir das? Und wenn ja, wer findet, dass wir es müssen? Offensichtlich ist aus den dramatischen Ergebnissen der PISA vor zig Jahren die Erkenntnis gewachsen, dass nur wer vergleichbar lernt, auch international erfolgreich sein kann. Und wer will nicht international erfolgreich sein? Wer möchte nicht im internationalen Wettbewerb, die deutsche Fahne für die deutschen Arbeitnehmer ganz oben sehen? Wir wollen das nicht. Wir sind nicht Deutschland, wir sind nicht zukünftige Arbeitnehmer und wir wollen erst recht nicht in eurem System erfolgreich sein.

A ber worum geht es in diesem ideologisch aufgeladenen Streit eigentlich? Es dreht sich nur um eine organisatorische Veränderung des Abiturs, also der Prüfung zur allgemeinen Hochschulreife. Diese soll also nicht wie früher von dem oder der Fachlehrer_in erhoben werden, sondern zentral vom Landesschulministerium mithilfe sogenannter Operatoren, also für das jeweilige Fach feststehenden Aufgabenanweisungen, gestellt werden. In Nordrhein-Westfalen konzipiert das Landesschulministerium jedoch nicht nur die Prüfungsaufgaben, sondern auch die Erwartungshorizonte – also die Erwartungen, die der Prüfling, wie es im schuldeutsch heißt, zu erfüllen hat. Das Maß, in welchem er den Erwartungen gerecht wird, bestimmt später die Note.

U nd bereits hier wächst der Schüler_innenzorn: Denn nicht selten kann mensch in gesellschaftswissenschaftlichen, aber auch sprachlichen Klausuren, hervorragende Analysen verfassen, die jedoch mit dem Erwartungshorizont nur teilweise einher gehen – also maximal zweitklassige Noten ergeben. Hieraus folgt die Empfehlung Lehrender, sich stärker auf die Wiedergabe des Gelernten zu konzentrieren. Durch eng gefasste Erwartungshorizonte rückt die Kombinatorik, also die Fähigkeit einen bekannten Sachverhalt auf einen unbekanntem zu übertragen, in den Fokus. Sie verdammt also Schüler_innen zu sturem Auswendiglernen, statt zum Weiterdenken oder Kritisieren.

D esweiteren werden die Schüler_innen derjenigen Schulen belohnt, die in der Lehrer_innenauswahl eine freiere Handhabung haben. Das wirft die Frage nach der Gleichbehandlung von Ungleichem auf. Freiere Lehrer_innenauswahl betrifft vor allem Privatschulen, aber auch selbstständige Schulen in komplett staatlicher Hand (letztere Weisen in die Richtung autonomer Schulen). Während einige Schulen sich strafversetzter Lehrer_innen also wehren können und damit einen besseren Unterricht garantieren, müssen andere Schüler_innen mit einem ausgebrannten Kollegium vorlieb nehmen und trotzdem die gleichen Prüfungen schreiben. Das hat, wenn mensch den Fall eines privaten Gymnasiums und einer staatlichen Gesamtschule heranzieht, weniger etwas mit besserer Vergleichbarkeit als mit dem Manifestieren von Chancenungleichheit zu tun.

H eutige Schüler_innen mögen sich fragen, wie Socializing früher funktionierte, wenn mensch sich nichtmals über die gleichen Lektüren unterhalten konnte. Und ernsthaft: Es nervt zwar ein bisschen, wenn bekannt ist, dass die gesamte Generation mit genau den gleichen vier Büchern ihr Abitur gebaut hat – es nervt aber noch mehr, wenn zu Beginn des Schuljahres einfach keine Bücher mehr zu haben sind. Und hin und wieder überrascht es den/die ein oder andere_n Verschwörungstheoretiker_in doch, dass es nur einen Verlag für Musils Verwirrungen des Zöglings Törleß gibt. Den ein oder anderen Kulturinteressierten ärgert ebenso, dass die Theater der Umgebung zu zentralabiturrelevanten Spielfabriken mutieren – kaum ein Theater, welches in den letzten beiden Jahren nicht Dantons Tod oder Don Carlos gespielt hätte, manche, die sich sogar dazu haben hinreißen lassen, die beiden zentralabiturrelevanten Romane zu dramaturgisieren.

A ber nein, das Land ist nicht Vereinheitlicht – es gibt sie noch die Unterschiede. Nicht nur der Unterricht unterscheidet sich in erheblichem Maße, wie oben erläutert. Auch die Herangehensweise an zentrale Prüfungen unterscheidet sich – so geben einige Schulen den „Prüflingen“ im Abitur Lektüren, während andere dies ausdrücklich untersagten, wieder andere teil-

ten sie für kurze Zeit aus und sammelten danach wieder ein. Es soll sogar Lehrer_innen gegeben haben, die ihren Schüler_innen mithilfe des Erwartungshorizont Anregungen zur Lösung gegeben haben. Man gibt sich also nicht so leicht geschlagen, vor der ach so kompetenten Landesregierung, die glaubt, Prüfungsaufgaben besser und gerechter stellen zu können. Jedoch: hin wieder muss die Klausuraufsicht stutzig geworden sein – denn das Zentralabitur ist nicht nur eine gleichmachende, pädagogisch fragwürdige und Ungerechtigkeiten manifestierende Angelegenheit – es ist in NRW auch noch unter dem Slogan Prüfung der Pleiten, des Pech und der Pannen in die Geschichte eingegangen.

N och einmal zurück zur Ausgangsfrage: Was soll dieses Zentralabitur denn bitte mit dem Kapitalismus zu tun haben? Zum Einen ist da die Ware Bildung, der in dieser →krass schon ein Artikel gewidmet ist. Es geht in der Schulpolitik bisher zum Glück nur vereinzelt darum, sich Bildung zu kaufen. Andererseits muss sich Bildung verkaufen - weshalb das nordrhein-westfälische Abitur Mathematik und die Naturwissenschaften massiv begünstigt. Zum Anderen sollen Schulen mithilfe des Zentralabiturs einem Wettbewerb ausgesetzt werden - sie sollen, ganz nach dem darwinschen Prinzip „survival of the fittest“ gegeneinander um die besten Abiturnoten kämpfen, damit nur noch die besten Schulen sich reger Nachfrage erfreuen. „Toll, dann werden sich schlechte Schulen endlich auf den Hosenboden setzen müssen“, mögen sich einige FDP-Politiker_innen in bester Lehrkörpermanier die Hände reiben. Ganz und gar nicht toll ist das für die Schulen, die bisher auch „schwächere“ Schüler_innen aufgenommen haben - denn sie machen es sich damit nicht einfacher.

A doch nur Ungerechtigkeit schafft als es bringt – was wollen wir dann? Das Zentralabitur kann nicht notenfrei funktionieren, es trimmt die „Prüflinge“ darauf, auswendig gelerntes Wissen zu verwerten. Unser Weg weist in die Freiheit: kein Staat bestimmt, was wir lernen müssen – keine Wirtschaft bestimmt, wofür wir gebraucht werden. Dafür brauchen wir Demokratie – kein Zentralabitur.

THEMA!

In der Schule gegen Rassismus

Die Möglichkeiten sich in der Schule gegen Rechtsradikalismus zu engagieren sind vielfältig - hier werden einige vorgestellt

Leon Freude

Ob im Geschichtsunterricht, auf dem NPD-Sticker auf der Toilette oder beim Thema Mitbestimmung. Schule und Rechtsextremismus sind eng miteinander verzahnt – sei es bei der Entstehung von rechtem Gedankengut, als auch, wenn es um Prävention und Intervention geht. Gerade weil die aktiv rechte Szene reges Interesse daran zeigt, Schulen und damit Schülerinnen und Schüler zu vereinnahmen, macht es Sinn Gegenstrategien vorzustellen.

(In der) Schule gegen Rechts

Die Arbeit gegen Rechts kann in der Schule sehr gut auf drei Säulen aufgebaut werden, nämlich dem vehementen Einsatz wider das Vergessen, einer Kampfansage gegenüber rechten Strukturen in der und um die Schule, sowie der festen Verankerung des Prinzips Demokratie. Gerade das Prinzip Demokratie setzt voraus, dass die Schüler_innen sich größtenteils hinter das Projekt stellen. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (SoR-SmC), eine von Belgien sich auf ganz Europa ausweitende Idee, fordert zum Beispiel von den am Projekt teilnehmenden Schulen siebzig Prozent Zustimmung aller Lehrer_innen und Schüler_innen. Die Zustimmung gilt einer Art Vertrag, indem der Unterzeichnende versichert, dass er sich gegen jede Form von Diskriminierung aktiv einsetzt. Damit die Schule ihren Status als SoR-SmC erhält, muss jährlich ein Projekttag mit Diskriminierungsbezug stattfinden.

Wider das Vergessen

Das Wissen über Hitler-Deutschland zu erhalten, ja es sogar auszubauen, ist im schulischen Kontext sehr gut möglich. Zwar kann es sogar hier einige Bedenken-träger geben, jedoch ist festzustellen: Mit Ausnahme von Archäologischen Museen gibt es wahrscheinlich kaum andere Kollegien unter denen so viele Historiker_innen sind. Möglichkeiten gibt es viele: Recherchen zu verfolgten und deportierten Schüler_innen bieten sich an, aber auch die Begutachtung des damaligen Kollegiums, frei nach dem Motto: wer wurde

denn zwischen ‚33 und ‚45 neuer Schulleiter? Sachsen-anhaltinische Schüler_innenzeitungsredakteur_innen fanden beispielsweise heraus, dass eine Gedenktafel Gefallener auch Mitglieder der Waffen-SS ehrte – daraufhin nahm die Schulleitung die Tafel ab. Schon einen Schritt weiter ist die Bettinaschule in Frankfurt am Main – Schülerinnen dieser Schule entwarfen ein Schülerdenkmal für Mädchen, die gezwungen wurden, in den dreißiger Jahren das Lyceum zu verlassen. Was eigentlich die Regel sein sollte wird leider immer seltener: Gedenkstättenfahrten in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Erfahrungen zeigen, dass die meisten Teilnehmenden durch die plastische Begegnung mit dem menschenverachtenden Vernichtungssystem, in besonderem Maße für die Thematik mobilisiert werden. Hier lohnt es sich meist auch, um finanzielle Unterstützung bei Stiftungen und dem Stadtrat zu werben.

Rechts Anzeigen

Es gilt aber, Rechtsextremismus nicht allein als Last der Vergangenheit anzudeuten. Die These, solange die NPD nicht im Bundestag sitzt gäbe es in Deutschland auch keine Nazis, war leider nie richtig. Es ist wichtig, dass Schüler_innen den Unterschied zwischen Junge Welt und Junge Freiheit (und es geht hier ausdrücklich nicht um eine Gleichsetzung von Linken und Rechten, sondern um häufig auftretende Missverständnisse) kennen und den jeweiligen Tendenzen in der lokalen Szene gewachsen sind. Solange niemand hellhörig wird, wenn jemand ausgerechnet dem rechten Fanclub eines Vereins angehört, solange sich niemand fragt, zu welcher Gruppierung die vor dem Schulhof verteilte Blaue Narzisse gehört und solange niemand aufschreit wenn die Jungen Nationaldemokraten auf der Toilette für die „Todesstrafe für Kinderschänder“ hetzen, grassiert ein gravierendes Bildungsdefizit. Schule ist Bildungsträger Nummer Eins und wenn sie diesem Auftrag gerecht werden will, muss sie auch auf aktuelle Tendenzen am rechten Rand hinweisen. Sollte das nicht gelingen, kann die Schüler_innenschaft eine Anti-Rechts-AG etablieren, wie im Moerser Adolfinum. Diese eignet sich nicht nur um Wissen über die

Szene im allgemeinen zu sammeln und zu verbreiten, sondern kann auch als Organisatorin von Protest fungieren. Dann braucht die für Schüler_innenvertretungen (SV) geltende Formalsache, dass das Motto der Gegendemo etwas mit Bildung hat, auch nicht erfüllt werden. Trotzdem sollte man versuchen die SV als demokratische Vertretung der SchülerInnenschaft miteinzubinden, schließlich ist Mobilisieren keine Kleinigkeit. Doch bietet Schule wie kaum ein anderer Ort die Möglichkeit, viele Menschen anzusprechen, um einen bunten Protest (Transpis und Puppen machen, Straßentheater und evtl. sogar Blockadetraining) zu organisieren. Selten kann es vorkommen, dass Schüler_innen im Unterricht die Überlegenheit der „arischen Rasse“ rechtfertigen oder den Holocaust leugnen. Dann ist insbesondere der/die Lehrer_in gefordert, dies als unwahr zu entlarven.

Demokratie verwirklichen

Die Verwirklichung von Demokratie in der Schule ist vielleicht die am schwierigsten umzusetzende Säule – wenn nicht sogar das Unmögliche. Das liegt daran, dass Schule voll von Hierarchien ist, die in dem Zahlenverhältnis von Lehrer_innen und Direktor oder auch Schüler_innen und Lehrer_innen und dem relativen Grad der Mitbestimmung nur ihren traurigen Höhepunkt finden. Nichtsdestotrotz ist sogar in der Schule mehr Mitbestimmung und mehr Anerkennung des Einzelnen möglich – beides stärkt Demokratie und schützt gegen Fremdenfeindlichkeit. Zu lebhaften innerschulischen Diskussionen dient beispielsweise eine Schüler_innenzeitung, ebenso wie eine aktive SV, die immer wieder schulpolitische und innerschulische Fragen debattiert. Die Amadeu-Antonio-Stiftung als Stiftung als Stiftung für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur arbeitet auch in Schulen an einem Projekt mit dem Namen Living Equality. Das Projekt versucht aus dem Wissen heraus, dass das Gefühl individueller Orientierungslosigkeit Vorurteil gegenüber anderen verstärkt, Gleichwertigkeit für jede_n erlebbar zu machen.

Buchtipps: Gestatten Elite

Franziska Richter

Zugegeben: ein Geheimtipp ist dieses Buch schon lange nicht mehr. Die Reportage über Deutschlands selbsternannte Eliten hält sich schon seit vielen Wochen in der Bestsellerliste der Sachbücher. Auch wenn diese Tatsache im Allgemeinen eher abschreckt (schließlich liegen gleich daneben Titel wie „Die Leber wächst mit ihren Aufgaben“ im Regal), verdient „Gestatten Elite“ es, gelesen zu werden.

Julia Friedrichs erreichte nach ihrem Studium das Mekka, von dem viele angehende Jungakademiker nur träumen: Sie wurde nicht nur zu einem Assessment Centre des Unternehmensberaters McKinsey eingeladen, sondern bekam am Ende sogar einen Arbeitsvertrag zugesandt. Friedrichs, die nie ernsthaft darüber nachgedacht hatte, sich in die Garde der strategioptimierenden Anzugträger einzureihen, willigte nicht in den Vertrag ein. Sie beschloss stattdessen, dem von Mitbewerbern und Personalchefs bei McKinsey häufig verwendeten Begriff „Elite“ näher auf den Grund zu gehen. Der Elitebegriff war in Deutschland lange Zeit verpönt,

entsprach er doch der nationalsozialistischen Vorstellung, eine Gruppe Privilegierter – womöglich besonders rassenreine Menschen – solle das übrige Volk lenken und das Schicksal der Massen bestimmen. Doch in den letzten Jahren hat das E-Wort wieder an Popularität gewonnen – diesmal als Leistungselite in der Bildungsdiskussion. Erklärtes Ziel der Bildungsministerin Schavan ist es, Elitenförderung zu betreiben, also besonders leistungsstarken und fleißigen Studierende zu fördern und sie so für künftige Führungspositionen vorzubereiten.

Diese neue Entwicklung greift Julia Friedrichs an zwei Punkten an: Zum einen zeigt sich in ihren zahlreichen Besuchen von Eliteunis, -schulen und Förderprogrammen, dass nicht die leistungsstärksten Zugang zu exzellenter Lehre und einflussreichen Netzwerken erhalten, sondern diejenigen, die hohe Studiengebühren bezahlen können. Der Eintritt in die Elite kostet zumeist viel Geld, das nur vermögende Eltern bezahlen können. Von einer Leistungselite kann hier also keine Rede sein. Außerdem wird der Autorin bei ihren Gesprächen mit den selbsternann-

ten Elitestudenten klar, dass diese in den seltensten Fällen Verantwortung übernehmen wollen – Politik ist für sie kein attraktives Betätigungsfeld, lieber bereiten sie ihre Karriere bei McKinsey oder Boston Consulting vor. Das Ziel der Bildungspolitik, junge Menschen auf verantwortungsvolle Positionen vorzubereiten, ist also gescheitert – Schavans Elitebegriff verliert damit seine Legitimation.

Der Elitebegriff, auch wenn es sich um eine Leistungselite handelt, ist nach wie vor problematisch. Er steht für ein Gesellschaftsbild, in eine ungebildete Masse einer gebildeten Elite gegenübersteht. Wer entscheidet eigentlich, wer Zugang zur Elite hat? Sollen Entscheidungen nur von Fachleuten getroffen werden, weil die Masse nicht weiß, was gut für sie ist? Julia Friedrichs hat der Versuchung widerstanden, selbst zum Kreis der Erlesenen zu gehören, weil sie weiß: Elite widerspricht Demokratie.

„Gestatten Elite“ ist im Heyne Verlag erschienen und für 7,95 € als Taschenbuch zu kaufen.

Neuerdings wieder in: Absolventenfeiern



Ob diese Bonner Absolventen zukünftig Elite sein werden?

Bachelor und Master – ein Desaster?

Ist Bachelor-Master reformierbar? Hängen wirklich alle Verschlechterungen in den Unis mit der Bolognareform zusammen?

Franziska Richter

Europa wird gleicher – zumindest in der Bildungspolitik. Um europäischen Studierenden das Wechseln zwischen verschiedenen Hochschulen in der EU zu erleichtern und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, wurde 1999 die Bologna-Reform beschlossen. Das deutsche Diplom, die italienische Laurea, der französische *maître d'art* so wie viele andere nationale Abschlüsse wurden vereinheitlicht. An ihre Stelle tritt das zweistufige System. Bis 2010 sollen überall nur noch der Bachelorstudiengang (drei bis vier Jahre) und der ein- bis zweijährige Masterstudiengang, der entweder auf den Bachelor aufbaut oder eine fachliche Spezialisierung bietet, angeboten werden.

Startprobleme...

Was in der Theorie gut klingt – wer ist nicht dafür, dass man einfacher ins Ausland wechseln kann und schon nach drei Jahren Studium den ersten akademischen Abschluss in der Tasche hat – bereitet in der Praxis viele Probleme. Die Studiengänge sind mit Stoff überladen, so dass viele nur noch auswendig pauken müssen – die neue Wortschöpfung „Bulemielernen“ trifft die Situation vieler Studierender. Außerdem hat sich zumindest an deutschen Unis einiges mehr geändert. Wurde früher die fehlende Struktur von Studiengängen beklagt, ist nun häufig das genaue Gegenteil der Fall: Das Studium ist verschult, es gibt wenig Wahlfreiheit und die Studierenden müssen ständig kleinteilige Leistungen abliefern, die sie daran hindern, wirklich frei und selbstbestimmt zu studieren.

Nicht mehr, sondern weniger Mobilität

Hat die Reform wenigstens ihr Ziel, einen Einheitlichen Hochschulraum zu schaffen, erreicht? Wohl kaum. Die Mobilität der Studierenden geht zurück, die Zahl der Erasmussemester sinkt. Viele wollen oder können sich nicht mehr erlauben, ein Semester länger zu studie-



Weniger arbeiten, unabhängig von den Eltern studieren, das bleibt ein Traum vieler Studis

ren. Teilweise hängt das mit dem Zeitgeist zusammen, möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu kommen, aber auch Bafög-Bestimmungen tun ihren Teil dazu, dass weniger den Schritt ins Ausland wagen. Und selbst die Bewegungsfreiheit innerhalb Deutschlands ist eingeschränkt. Konnte man früher problemlos nach dem Vordiplom etwa von Bremen nach Osnabrück wechseln, steht heute vieles einem Wechsel innerhalb des Bachelorstudiums entgegen. Die Lehrpläne sind so detailliert, dass Leistungen von anderen Universitäten häufig nicht anerkannt wurde. So berichtet ein Kommilitone aus Bielefeld, er habe innerhalb seines Wirtschaftsstudiengangs (wahrlich kein Orchideenfach) nach Bonn wechseln wollen. Nach Monaten von Anerkennungsverfahren hat man ihn dort abgelehnt, weil die Leistungen aus Bielefeld denen in Bonn nicht ein zu eins entsprachen.

Und sie bewegt sich doch: die KMK in Aktion

Viele dieser Probleme sind inzwischen sogar von einer der schwerfälligen Institutionen Deutschlands, der KultusministerInnenkonferenz (KMK), erkannt worden. Die Studienpläne sollen entschlackt und das gegenseitige Anerkennen von Leistungen erleichtert werden. Sogar frühere Bologna-Hardliner sprechen in-

zwischen davon, die Studienzeiten mancher Bachelorstudiengänge auf vier Jahre zu verlängern. Werden diese Reformen auch tatsächlich angegangen, dann könnten die neuen Studiengänge viele Vorteile bieten – sie bieten mehr Orientierung als frühere Magisterstudiengänge, in denen man erst nach Jahren ernsthaft Prüfungen hatte, die dann bei der Abschlussnote stark ins Gewicht fielen. Es bietet sich außerdem die Chance, nach dem Bachelor etwas ganz neues anzufangen, eine Pause einzulegen oder eventuell gleich zu arbeiten.

Verknappung von Masterplätzen muss nicht sein

Bachelor und Master sind nur Hüllen, die von der Bildungspolitik und den Unis mit Inhalt gefüllt werden müssen – deshalb sollte man sie auch nicht verteuern. Sie haben ihre Nachteile, bieten aber auch Vorteile. Viele Veränderungen, die zeitgleich mit den Bolognareformen kamen, sind nur scheinbar mit diesen verknüpft und dienen in Wahrheit anderen Zwecken. So ist der schwierige Übergang in den Master – es gibt begrenzte Plätze, Numerus Clausus und Auswahlverfahren – nicht etwa ein Versehen. Vielmehr gibt es nicht genug Masterplätze für alle Interessierten. Der Bachelorabschluss soll in Zukunft die Regel sein, ein Master bleibt für den Besten vorbehalten. Dahinter steckt die Idee, Uni solle vor allem für den Arbeitsmarkt vorbereiten. Mit einem Bachelor mag man bereits für den Arbeitsmarkt verwertbar sein – aber persönlich Interessen und Ziele können häufig nur mit einem Master erfüllt werden. Für viele, heißt diese bewusste Verknappung der Masterplätze, dass ihre ursprünglichen Studienpläne zunichte gemacht werden oder dass sie in Warteschleifen geraten. Diese Politik teilt die Studierenden in zwei Gruppen – berufsvorbereitender Bachelor für die Masse, akademischer Master für die Besten. Diese gefährliche Entwicklung gegen das Recht auf höhere Bildung kann man auch losgelöst von der Bolognareform kritisieren und bekämpfen.

Förderung in Deutschland: Stipendien für Studis aus gutem Hause

Studis aus besserem Hause fördern - das ist das Prinzip der Stipendiensysteme in Deutschland.

Franziska Richter

Nur wenige Studierende kommen heute in den Genuss, ihr Studium weder auf Pump (durch einen Kredit oder Bafög-Darlehen), auf Mamas Kosten oder durch eigene Arbeit finanzieren zu müssen. Einige Glückliche erhalten ein Stipendium von den elf Begabtenförderungswerken. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung verteilt Mittel an diese Stiftungen, die entweder einer der im Bundestag vertretenen Parteien, einer Gewerkschaft oder Konfession nahe stehen oder unabhängig sind. Die Stiftungen suchen sich dann ihre StipendiatInnen selbst aus – natürlich nach unterschiedlichen Kriterien. So zählt für die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung vor allem gewerkschaftliches Engagement. Gerne fördert sie Studis, die zuvor eine Ausbildung abgeschlossen haben. Für das größte Werk, die Studienstiftung des deutschen Volkes, zählt vor allem Leistungsbereitschaft. Gute Noten sind aber bei allen Stiftungen wichtig. Die politischen Stiftungen fördern nicht nur junge Parteimitglieder, sondern engagierte Studierende, die sich mit den Werten der jeweiligen Partei identifizieren.

Stipendiaten aus gutem Hause

Nur ein Prozent aller Studierenden in Deutschland erhält ein solches Stipendium – und viele der StipendiatInnen bekommen nur Büchergeld. Das Stipendium richtet sich nämlich ähnlich wie die Bafög-Förderung an den Einkommensverhältnissen der Eltern und der Studierenden selbst. Eine Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) hat nun gezeigt, dass Studierende, deren Eltern überdurchschnittlich verdienen und selbst Akademiker sind, unter den Stipendiaten noch stärker vertreten sind als unter der gesamten Studierendenschaft in Deutschland. Kinder aus ArbeiterInnenfamilien oder von Arbeitslosen sind hingegen unterrepräsentiert. Die Zahlen schwanken zwar zwischen den einzelnen Stiftungen, der Trend ist aber eindeutig: Gefördert werden vor allem Studis auf besserem Hause, also diejenigen, die

Bildung mit der Muttermilch aufsogen und auch finanziell gut gestellt sind.

Zwar bekommen diese Studierenden dann nur das Büchergeld – das Motto „wer hat, dem wird gegeben“ ist also unter finanziellen Aspekten nicht richtig. Allerdings umfassen Stipendien auch eine ideelle Förderung – besondere Ferienakademien, Seminare mit bekannten Wissenschaftlern – die allen Stipendiaten offen steht. Von dieser profitieren also nicht solche Studierende, die keine Anregung von zuhause bekommen haben und sie deshalb gut gebrauchen könnten, sondern vor allem AkademikerInnensöhne und -töchter.

Die Stiftungen haben auf die Studie entsprechend reagiert und wollen ihre Auswahlverfahren überdenken, so dass sie nicht ungewollt BewerberInnen aus höheren sozialen Schichten bevorzugen. So plant die Studienstiftung des deutschen Volkes, demnächst Bewerbungen auf Eigeninitiative zuzulassen. Bisher konnte man nur von Professoren, Prüfungsämtern oder der Schulleitung vorgeschlagen werden und dieser Mechanismus förderte die soziale Selektion.

Das Prinzip hinterfragen

Doch ist das wirklich genug? Sollten Begabtenförderung hinterfragt werden? Warum geben wir Steuergelder dafür aus, diejenigen, die sowieso schon erfolgreich sind, noch weiter zu pushen? Sollte ideelle Förderung nicht gleichmäßig für alle bereit stehen? Stattdessen wird in den Unis immer mehr gespart und gleichzeitig den „Besten“ ein Art intellektuelles Refugium durch die Begabtenförderung gesichert. Förderenswert sind aber doch gerade die Menschen, die bisher noch viel zu selten an deutschen Unis anzutreffen sind: Migranten, Kinder von ArbeiterInnen, Abiturienten des zweiten Bildungswegs. Diese könnten mit einem speziellen Stipendium unterstützt werden oder die Bafög-Regelungen könnte einfach erweitert werden,

so dass mehr Studierende davon profitieren. Die durch die Familiensituation natürlich gegebene ungleiche Verteilung von Chancen würde dann vom Staat ausgeglichen werden, anstatt sie, wie heute, noch weiter zu verschärfen.

Schwarz-Gelb vertieft Probleme

Die neue Bundesregierung hat allerdings andere Pläne. Sie will die Zahl der Stipendiaten auf 10 % erhöhen. Statt wie bisher eine nach Einkommenslage differenzierte Förderung möchte schwarz-gelb eine Pauschalförderung von 300 Euro im Monat für die 10 % besten einführen. Setzt sich diese Idee durch, würde auch die Hochbegabte Professorentochter 300 Euro Unterstützung bekommen. Chancengleichheit sieht anders aus.

Was die anderen wollen – Bildungspolitik rechts von der Mitte

Die CDU/FDP-Regierung beginnt in diesen Tagen mit ihrer Regierungsarbeit. Dabei gibt es auch andere Ansätze in der Bildung – was erwartet uns?

Lisa-Marie Kühn

27. September 2009 – Deutschland hat gewählt. Und raus kommen soll eine schwarz-gelbe Regierung. In den Wochen danach setzen sich die beiden zukünftigen Regierungsparteien zusammen, in Expertenräten, Finanz-/ Bildungs- und anderen Ausschüssen. Sie wollen den Weg des Landes für die nächsten vier Jahre festlegen, teilweise werden Entscheidungen getroffen, die noch viel weitreichender sein werden (Stichwort Atompolitik). Was davon zu halten ist, muss jeder für sich entscheiden. Mitte Oktober hörte ich im Radio, dass CDU und FDP sich über die Ministerien geeinigt hätten und die FDP das Justiz-, Bildungs- und Sozialministerium erhalte. Ich bekam einen Lachanfall und dachte, es könne doch nicht sein, dass eine Partei wie die FDP das SOZIALministerium erhalte. Meine Meinung, teilen muss sie ja niemand. Wie ich etwas später hörte, handelte es sich glücklicherweise nicht um die Bundesministerien, sondern lediglich um Schleswig-Holstein. Ein Glück. Aber wer weiß, was uns noch so bevorsteht... In Kiel hat die FDP auch das Bildungsministerium bekommen. Das wirft die Frage auf: Was für eine Bildungspolitik vertritt die Partei eigentlich? Also mal schauen, ob Grundsatzprogramme und Interviews irgendetwas nützliches aussprechen: Für alle Kinder ab dem vierten Lebensjahr wünscht sich die FDP Sprachtests. Für Kinder ab drei Jahren soll einen Kindergartenplatz geben. Das fördert die Berufstätigkeit der Eltern ja total, wenn sie nach drei Jahren, die sie ihr Kind privat betreuen mussten dann für vier Stunden am Tag einen Kindergartenplatz haben. Wollen wir vielleicht noch 10% mehr Frauen in Halbtagsjobs?

Immerhin, später können die Eltern dann mehr arbeiten, denn die FDP fordert die Einführung von Ganztagschulen. Da mag man denken „so unvernünftig sind die ja gar nicht...“ Aber man lese den nächsten Satz und falle hinten über. Denn mit der Begründung, Gesamtschulen seien zu wenig leistungsorientiert und individuelle Förderung nicht ausreichend gewährleistet, lehnt die FDP diese ab und setzt sich

für das gegliederte Schulsystem ein. Und weil die Segregation in der Gesellschaft noch nicht groß genug ist, treten die Liberalen auch gleich noch für nachlaufende Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen ein. Also nicht nur, dass es Studiengebühren geben soll, nein, sie sollen auch direkt die Hochschulen (komplett) finanzieren. Werden da 500 Euro pro Semester auf Dauer noch reichen? Außerdem wird gefordert, forschungsfeindliche Gesetze und Verordnungen zu ändern oder abzuschaffen, um damit den Forschungs-



Bitte nicht hier!

schwarz-gelbe Politik: bitte nicht hier! Die Landtagswahl im Mai 2010 wird zur Richtungsentscheidung

standort Deutschland zu sichern, die Stammzellforschung soll gefördert werden. Und die Rechtschreibreform von 1996 wird abgelehnt. Heißt das, uns erwartet womöglich eine Reform der Reform und wir – die wir in der Schule überwiegend schon die neue Rechtschreibung gelernt haben – müssen uns demnächst wieder die alten Regeln aneignen? Nach Angaben der Partei werde ein Bildungssystem, das sich in erster Linie durch Freiheit, Vielfalt und Leistungsorientierung auszeichnet gebraucht. Was genau darunter zu verstehen ist, wird leider nicht ausgeführt. Fazit: Die FDP kümmert sich um Äußerlichkeiten der Bildungspolitik, aber nicht um wirkliche Inhalte. Zudem wird die „Bildung“ unterschiedlicher Schichten und damit die Schere zwischen Arm und Reich weiter gefördert.

Und was sagt der große Koalitionspartner der Liberalen, die CDU? Im Gegensatz zur FDP möchte die CDU ab 2013 einen Rechtsanspruch auf Kindergarten-

plätze schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Zugleich soll es ein Betreuungsgeld für Eltern geben, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen.

Auch sie möchte beim dreigliedrigen Schulsystem bleiben und es sollen keine zusätzlichen Gesamtschulen eingeführt werden. Ziel der CDU sei es, Bildung für alle zu verbessern und darüber hinaus möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu Spitzenleistungen zu befähigen. In Punkto Hochschulen wollen auch die Christdemokraten Studiengebühren, allerdings nur, wenn diese sozialverträglich sind. Und wo beginnt, bzw. endet die Sozialverträglichkeit? Die Studienbeiträge dürften die finanziellen Möglichkeiten der Eltern nicht übersteigen und dürften die Aufnahme eines Hochschulstudiums nicht verhindern. Super, warum schafft ihr sie dann nicht ab?! Die Studiengebühren sollen die finanzielle Situation der Hochschulen verbessern, was wiederum zu einem kürzeren Studium führen soll. Die CSU, die man der Fairness halber ja auch noch erwähnen muss, hat ziemlich genau die gleichen Ansätze wie die CDU. Verwundern dürfte das nicht. Liest man sich das Programm der CDU zur Bildungspolitik durch, wird deutlich, dass Bildung auch immer Sache der einzelnen Kommunen und Länder bleiben soll. Eine bundesweit einheitliche Bildungspolitik wird kategorisch abgelehnt. Fazit: Die CDU/CSU unterstützt ebenfalls eine Mehrklassengesellschaft. Sie versucht außerdem offensichtlich den Spagat zwischen konservativer Kinderbetreuung und notwendiger Modernisierung.

Am 24. Oktober wurde bekannt, wer welches Ministerium übernimmt. Das Bildungsministerium bleibt in der Hand von Annette Schavan. In ihrem Leben und Beruf spielt die katholische Kirche eine große Rolle. Sie ist für ein Kopftuchverbot bei Lehrerinnen. In etwa kennen wir ihre bildungspolitischen Ansichten aus den letzten vier Jahren. Was uns in den nächsten vier Jahren erwartet, die Mischung aus CDU/CSU und FDP, zubereitet von Frau Schavan, werden wir von nun an sehen. Vielen dürfte der Appetit aber schnell vergehen.

Warnen ist wichtig, Verantwortung auch

Sven Lehman, von 2002 bis 2005 Sprecher der Grünen Jugend NRW, beantwortete der →krass Fragen über Parteienengagement via E-Mail.

Leon Freude

Leon: Filz, Klüngel und Postenschieberei - Parteien können sich vor solcherlei Zuschreibungen kaum retten. Trifft die Beschreibung zu?

Sven: Einseitige, pauschale Beschreibungen treffen nie zu. Was aber stimmt ist, dass der schlechte Ruf, den Parteien teilweise haben, selbstverschuldet ist. Schlimmer als Filz, Klüngel und Postenschieberei finde ich aber, wenn Parteien ihre grundgesetzliche Aufgabe aus dem Blick verlieren, nämlich an der Bildung des politischen Willens mitzuwirken. „Mitwirken“ heißt nämlich nicht, dass Parteien Macht anhäufen und in alle öffentlichen Bereiche wie Verwaltung und Justiz vordringen müssen.

Leon: Die Grünen waren die Anti-Parteien-Partei. Sie sind durch die Institutionen gegangen und werden nun in den Wochenzeitungen als „Seismograph gesamtgesellschaftlicher Stimmungen“ für ihre Debattenkultur und die doch realistischen Entscheidungen gerühmt. Haben wir den Anspruch, die Parteien zu verändern aufzugeben?

„Das Konzept der Anti-Parteien-Partei war richtig.“

Sven: Ich hoffe nicht! Das Konzept der „Anti-Parteien-Partei“ von Grünen-Gründerin Petra Kelly war richtig und notwendig, um verkrustete Strukturen in Deutschland und weltweit anzuprangern. Die Grünen wollten ins Bewusstsein zu bringen, dass Politik kein Selbstzweck ist, sondern dass Politik die Lebensverhältnisse der Menschen heute, morgen und übermorgen zu verbessern hat. Gerade grüne Politik in den 1980er-Jahren waren da auch sehr erfolgreich, denn die Warnung vor Umweltzerstörungen, Aufrüstung und sozialen Ungleichheiten wurde nach und nach fest im Bewusstsein der Gesellschaft verankert. 30 Jahre später ist die Situation aber eine andere: Die Grünen haben auf allen Ebenen politische Verantwortung übernommen und können sich nicht so einfach mehr nur aufs Warnen beschrän-

ken. Warnen ist weiterhin wichtig – Verantwortung übernehmen aber genauso.

Leon: Was genau meinst Du damit?

Sven: Viele der Krisen, die die Grünen schon früh voraus gesagt haben, sind jetzt eingetreten: Die Klimakrise durch einen verantwortungslosen Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen, die Wirtschaftskrise durch Profitgierige Zocker, denen die Politik keine Schranken gesetzt hat, die globale Nahrungsmittelkrise, die auf Ungerechtigkeit und Machtstreben der Industrieländer basiert. Es ist Zeit, dass Grüne gerade im 21. Jahrhundert Verantwortung übernehmen, weil wir Lösungen für all diese Krisen gemeinsam denken und nicht zum Beispiel Wirtschaft gegen Umweltschutz ausspielen. Verantwortung übernehmen heißt aber mitnichten „Regieren um des Regierens willen“. Es bedeutet, unsere Probleme noch radikaler, noch schonungsloser zu benennen und Menschen zu überzeugen, sich für eine bessere Zukunft einzusetzen.

Leon: Du bist mittlerweile im Landesvorstand der Alt-Grünen, davor warst du Landesvorstand der Grünen Jugend NRW. Damit stehst du für nahtlose Übergänge. Ist die Grüne Jugend Kaderorganisation der Partei?

Sven: Die Grüne Jugend war und ist weder Kaderorganisation noch Sprungbrett für Parteikarrieren und sollte es auch nicht sein. Gerade die Nicht-Parteimitglieder im Verband sind ja sehr wertvoll für die Grüne Jugend, weil sie einen erfrischend radikalen und unabhängigen Blick auf Partei und Staat einbringen. Ich finde es aber wichtig, dass sich junge Grüne auch in der Partei engagieren – und zwar wichtig für die Partei. Unsere Strukturen und Positionen dürfen nie selbstverständlich sein, sondern müssen immer wieder hinterfragt werden. Dafür brauchen wir kritischen Nachwuchs, denn nur so bleibt die grüne Partei lebendig und offen.

Leon: Inhaltlich liegen die Grünen und die Grüne Jugend bisweilen weit auseinander – hast du in der Partei eine Art Korsett ge-

spürt, oder wie kannst du dir erklären, dass die großen Parteien meist weniger radikal auftreten als ihre Jugendorganisationen?

Sven: Ich habe mir vorgenommen, authentisch zu bleiben und mir kein Korsett anlegen zu lassen. Das funktioniert auch ganz gut, denn gerade an der Basis und in der Grünen Jugend habe ich immer sehr viel Unterstützung bekommen. Dass Jugendorganisationen radikaler sind als die Parteien ist gut so, denn Parteien brauchen Stacheln im Fleisch.

Leon: Warum bist du eigentlich im Landesvorstand einer Partei aktiv bzw. warst in dem einer Parteijugendorganisation und bist nicht in der sozialen Bewegung oder einem Umweltverband aktiv?

Sven: Gute Frage! Was mich an Parteiarbeit reizt ist, dass man in sehr vielen unterschiedlichen Themen aktiv sein kann und so ja auch seinen eigenen politischen Horizont erweitert – wenn man sich eben nicht in ein Korsett zwingen lässt. Ich war zwischen 2001 und 2003 in der Friedensbewegung in Deutschland und Frankreich gegen die Kriege in Afghanistan und Irak engagiert und empfand das als große Bereicherung und Basis für die politische Arbeit auch innerhalb der Grünen. Ich habe großen Respekt davor, wenn Menschen sich in sozialen Bewegungen oder Verbänden engagieren und wünsche mir, dass auch die Grünen noch offener für Bewegungen werden. Die guten gemeinsamen Aktionen mit Verbänden wie BUND, attac, amnesty international usw. sind wichtig, um unseren gemeinsamen Anliegen mehr Gewicht zu verleihen. Die Grünen sind nur stark mit den Verbänden und Bewegungen – das galt vor 30 Jahren und das gilt auch in Zukunft.

Sven Lehmann (29)

... war von 2002 – 2005 Sprecher der Grünen Jugend NRW und wurde danach in den Landesvorstand der „Alt-Grünen“ gewählt. Damals wie heute findet er, dass die Grünen anders sein müssen als die anderen Parteien.



Kommentar: Mehr Improvisation!

Schule zeichnet sich durch sehr festgefahrene Strukturen aus – die Gastautorin Felicitas Müller Arnold plädiert für mehr Improvisation.

FELICITAS MÜLLER ARNOLD

Wenn das Leben im Grunde ständige Improvisation ist, von Tat zu Tat, von Schritt zu Schritt, hier von Wort zu Wort, basierend auf der ständigen Entscheidung, ob wir etwas tun oder nicht tun, dann kann Mensch sich fragen, warum in der Schule, die uns doch auf dieses Leben vorbereiten soll, die Suche nach Improvisation so oft vergebens ist.

Es beginnt damit, dass die Institution Schule ein einziges Geflecht aus Regeln ist, das zur permanenten Reproduktion von Abläufen zwingt. Jeden morgen beginnt die Schule zur selben Zeit. Pausen werden nicht gemacht, wenn uns SchülerInnen danach ist, sondern wenn der Gong den in 45-minütige Einheiten getakteten Tag für weit genug fortgeschritten erklärt.

Nicht wir entscheiden, wann wir was lernen, sondern der über uns hinweg festgelegte Lehrplan. Es sind auch nicht wir, die ja den Stoff verstehen sollen, die also logischerweise entscheiden müssten, wann wir bereit wären für eine Prüfung oder ein neues Thema, sondern es sind die LehrerInnen, die diese Entscheidungen, meist ohne uns zu fragen, treffen.

Wer langsamer ist, muss sich dann halt selber um eine Nachhilfe kümmern, um irgendwie weiter mitzukommen, oder fällt im schlimmsten Fall dem „survival of the fittest“-Prinzip unseres Bildungssystems zum Opfer, wird aussortiert.

Wahlfreiheit bezüglich der Dinge, die wir lernen wollen wird uns dann in der Oberstufe erstmals in größerem Maße zugestanden, jedoch ist diese durch ein kompliziertes Fächer-Wahlsystem eigentlich eher als Scheinfreiheit zu bewerten. So darf ich zum Beispiel das Fach Mathematik bis zum Ende meiner Schulzeit nicht abwählen, wie stark meine Dyskalkulie auch sei und stoße zudem bei jeder Fachwahl wieder auf eine neue Bedingung, die meinen Wahlspielraum einschränkt.

Jeden Morgen sitzen wir in demselben Gebäude, auf denselben Stühlen vor der-

selben Tafel und nicht selten werden uns auch zum wiederholten Male dieselben Inhalte eingetrichtert, für die wir uns, wenn wir Glück haben sogar durch Zufall interessieren, doch wie hoch ist diese Chance, bei einem was den Lehrplan angeht nicht existenten Mitspracherecht der einzelnen SchülerInnen?

Was bei den genormten Stühlen beginnt, geht bei den Lerninhalten weiter: wie kann für völlig verschiedene Menschen genau dasselbe Tempo, derselbe Stoff und dieselbe Methodik richtig sein?

Das deutsche Bildungssystem zeigt Kompetenz, wenn es um die Selektion, die Trennung und Ausgrenzung von Menschen durch Systeme und Noten geht, wenn es jedoch darum geht, der individuellen Selbstfindung der SchülerInnen Raum zu geben, dann tut es sich oft schwer. Hier gibt es eine Regel, da eine Kontrolle...

Der Druck auf die ebenfalls in diesem System gefangenen LehrerInnen, erhöht sich noch durch zentrale Überprüfungen wie die Lernstandserhebungen etc. Diesen Druck geben die LehrerInnen dann wiederum an ihre SchülerInnen weiter, indem sie ihnen mit noch weniger Geduld und Einfühlungsvermögen begegnen. Um sich also innerhalb der Schule freier zu fühlen, wäre zuallererst das sich Losmachen vom allgegenwärtigen Leistungsdruck ein Muss. Lehrer müssten sich trauen, sich selbst als Mensch in ihrem Beruf zu zeigen. Doch viel zu oft knicken LehrerInnen vor Lehrplänen und Schulgongs ein und stellen sich vor ihre Klasse, als sei diese bloß eine Ansammlung von 30x6 Kopfnoten, statt einer Gruppe empfindsamer junger Menschen. Ein partnerschaftlicheres Lehrer-Schüler-Verhältnis wäre ein elementarer Schritt auf dem Weg zu freieren Schulen, denn LehrerInnen besitzen als Mittler zwischen SchülerInnen und Schule die Macht, die SchülerInnen vor der Schule selbst zu „schützen“, indem sie aus gewohnten Strukturen ausbrechen, sich wirklich für ihre SchülerInnen interessieren, deren eigene Meinungen zulassen und mit ihnen gemeinsam Wege des Lernens finden. Doch bei pedantisch einzuhaltenden zentralen Lehrplänen und Re-

glementierungen bleibt die pädagogische Freiheit auf der Strecke.

Mehr Selbstbestimmung, das flexible Abweichen von Normen und Regeln innerhalb des Schulalltags, also Improvisation sollte ein viel größeres Ziel der Schule werden, denn so könnten sich SchülerInnen innerhalb des Systems Schule ihrer selbst bewusst und aus sich heraus zum Lernen motiviert werden, statt dass wie jetzt eine Zwangsinteressierung an Lehrstoffen über Druckmittel wie Noten und Strafen hergestellt werden müsste.

Momentan ist die Schule noch eine Institution der Autorität, in der sich alle Beteiligten von Zeit- und Leistungsdruck dominieren lassen. Schule könnte aber der Rahmen für freie, individualisierte, improvisierte Lernprozesse sein, sodass sich individuelle Stärken und Kreativität entfalten könnten. Doch es scheint teilweise, als ertrage die Gesellschaft dieses Modell von Schule nicht. Der Philosoph und Theaterdirektor Roberto Ciulli stellt in einem Gespräch die These auf, dass freie, selbstbestimmte Kollektive ohne autoritäre Strukturen womöglich zuviel anarchistischen Sprengstoff bergen, um für den Staat wirklich unterstützenswert zu sein...

Wünschenswert wäre aber die Zunahme der Improvisation an Schulen für unsere Gesellschaft, bedeutet Improvisation doch das Ausprobieren und Wagen von neuen Ideen und Meinungen und somit Freiheit zur ständigen Hinterfragung und Veränderung von Gegebenheiten.

Wenn wir wesentlich aktiver und freier, auf Augenhöhe mit unseren LehrerInnen, unseren eigenen Unterricht mitgestalten könnten und aus einengenden, aus Regeln und Normen gemauerten Räumen in echte Freiräume ausbrechen könnten, würde Schule mit Sicherheit eigenständiger, selbstbewusster und glücklicher machen.



Felicitas Müller Arnold
...frustrieren die festgefahrene Strukturen der Regelschulen. Es wäre ihr von daher eine Freude mit ihrer Schulleitung über die Sinnhaftigkeit von Sudburyschulen zu reden.

Finland: entpolitisierte Schulen, autonome Hochschulen

Finland, Mekka der Bildungspolitik? Vieles, aber längst nicht alles, ist im Norden besser, erzählt mir mein Kommilitone und Hochschulaktivist Joonatan Virtanen

FRANZISKA RICHTER

Franziska: In Deutschland gab es in den letzten Jahren massive Reformen an den Hochschulen. Wie sieht es bei euch in Finnland aus?

Joonatan: Natürlich wurden bei uns ebenfalls die Bologna-Reformen durchgeführt, aber gleichzeitig gab Anfang diesen Jahres eine Gesetzesinitiative, die mit der Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums eigentlich nichts zu tun hat: das neue Universitätsgesetz. Die Gesetzgeber, das sind zur Zeit konservative und liberale Kräfte, wollen damit mehr Autonomie der Hochschule schaffen. Wir Studierenden haben schon immer mehr Autonomie der Hochschule gefordert, aber nicht so, wie es das Gesetz jetzt vorsieht.

So ein Gesetz gibt es bei uns in NRW auch, das Hochschulfreiheitsgesetz. Unter anderem sitzen nun mehr Externe, also z.B. Unternehmensvertreter, in der Hochschulleitung.

Das war auch ein Punkt der finnischen Reform. Das Gesetz hat außerdem weitere finanzielle und organisatorische Änderungen bewirkt. Die Uni bekommt zwar weiterhin Fördermittel, aber deren Höhe ist in Zukunft abhängig von zusätzlichen privaten Mitteln, die die Hochschule z.B. von Unternehmen beschaffen muss. Das macht die Uni zum einen abhängig von Unternehmensinteressen und zum anderen ist das auch ein Einfallstor für Studiengebühren. Denn wenn die Mittel insgesamt nicht ausreichen, was bei einigen Unis der Fall sein wird, dann dürfen sie Gebühren von den Studierenden erheben. Das Tabu Studiengebühren ist auch deshalb gebrochen, weil schon jetzt ausländischen Studis welche bezahlen müssen. Das ist ein weiterer ungerechter Aspekt dieses Gesetzes.

Und was ändert sich organisatorisch an Finnischen Unis?

Der Rektor hat in Zukunft die Möglichkeit, die Uni wie ein Unternehmen zu managen. Er hat viel mehr Entscheidungsmöglichkeiten als vorher. Wir befürchten, dass die Uni nun zunehmend unter Verwertungszwang gerät. Das heißt, dass nur solche wissenschaftlichen Projekte und Studiengänge gefördert werden, die einen Nutzen für die

Wirtschaft haben. Schließlich soll diese am Ende ja Mittel für die Unis bereit stellen.

Haben die Finnischen Studierenden dagegen protestiert?

Ja, es hat sich ein unabhängiges Bündnis gebildet. Du musst wissen, dass die studentische Selbstverwaltung in Finnland noch weitaus stärker ist als die in Deutschland. Sie kümmert sich auch um Wohnheime, Mensa usw.. Vielleicht ist diese viele Verwaltungsarbeit der Grund, warum viele, die im AstA oder im Studierendenparlament sitzen, nicht sehr kritisch sind und nicht auf die Barrikaden gehen. Deshalb haben wir das ‚Common University Network‘ gebildet, ein übergreifendes Bündnis von linken, sozialdemokratischen und parteilosen Studierenden. Manche, wie ich z.B., hatten auch Kontakt in die Selbstverwaltung und wir haben diese Kontakte genutzt. Insgesamt haben wir es geschafft, unabhängig von den Differenzen einen gemeinsamen Protest zu formulieren.

Mit welchen Aktionen habt ihr diesen Protest denn zum Ausdruck gebracht?

Wir haben im Frühjahr einen Raum in der Uni besetzt und mehrere Kundgebungen abgehalten. Außerdem haben wir die studentische Selbstverwaltung stark angegriffen und eine kritischere Haltung eingefordert. Auf ihrem jährlichen Treffen - die tragen das alle Anzug, sehr staatstragend - haben wir sie parodiert, ich habe mehrere satirische Reden gehalten und wir haben auf einem Feldkocher Essen für unsere ZuschauerInnen verteilt. Leider kam dann irgendwann die Polizei und wir mussten gehen.

An unseren Unis wäre das zumeist kaum vorstellbar, da ist der AstA meist an vorderster Front dabei, wenn es um Protest geht. Ward ihr denn mit euren Ergebnissen zufrieden?

Meine Uni ist leider ziemlich unpolitisch, so dass wir damit schon zufrieden waren. Aber uns ist schnell klar geworden, dass wir das Gesetz nicht kippen können, weil die Mobilisierung zu schwierig war. Stattdessen haben wir die Chance des Umbruchs genutzt, auf die Lage von Studierenden und WissenschaftlerInnen hinzuweisen. Wir produzieren ja Wissen und leisten damit richtige Arbeit, was in der Öffent-

lichkeit oft nicht so wahrgenommen wird. Wir wollen einen Dialog anstoßen, wie es um diese Arbeit steht und wie sie selbstbestimmt stattfinden kann. Wir wollen eine gemeinschaftliche Uni, die allen dient und entwerfen dazu ein Gegenmodell zur neoliberalen Bildungspolitik. Dazu arbeiten wir auch jetzt noch weiter.

In Deutschland wird das Finnische Bildungssystem ja immer als Vorzeigemodell gepriesen, besonders seit PISA. Ist das deiner Meinung nach berechtigt?

Naja, es stimmt schon, dass das System nicht so selektiv ist wie das deutsche und schwächere SchülerInnen viel besser integriert. Alle lernen bis zur neunten Klasse gemeinsam und wer besondere Bedürfnisse hat, bleibt in der Klasse und bekommt persönliche Assistenten an die Seite gestellt. Das alles hat die 68er-Generation in den siebziger Jahren durchgesetzt. Allerdings gab es in den folgenden Jahren viele Einschnitte in dieses System durch die konservativen Parteien. So wurden die Schulen radikal entpolitisiert. Die LehrerInnen-Ausbildung und die Stundenpläne sehen nur noch sehr wenige Stunden für politische und ethische Bildung vor. Stattdessen wurden die Naturwissenschaften stark gefördert. Ein Skandal war die Abschaffung der SchülerInnenvertretung in den Achtzigern. Die wurde zwar inzwischen wieder eingeführt, weil die Politiker sich Sorgen um Politikverdrossenheit machen. Aber die anderen Reformen prägen weiterhin den Schulalltag.

Was sind dann die Gründe für den Finnischen Pisa-Erfolg?

Dazu muss man den Pisatest verstehen. Es ist ein standardisierter Test, der auf Grundfähigkeiten abzielt. Da sind finnische SchülerInnen anscheinend sehr gut drin. Was der Test nicht messen kann, ist die politische Sozialisation an den Schulen, die Mitbestimmung vor allem. Dass es in Finnland an dieser Stelle nicht zum besten steht, weiß deshalb kaum jemand. Das Ziel konservativer Bildungspolitik ist es, produktive, arbeitsmarktaugliche junge Menschen heranzuziehen. Kritische Perspektiven sind nicht erwünscht.

Danke für diese interessanten Einsichten.

HEUTE SCHON



**AUSWENDIG
GELEHRT?**

BILDUNGSSTREIK

15. BIS 19. JUNI 2009

www.bildungsstreik2009.de